



Geschäftsbericht 1974
Deutsche Ueberseeische Bank

Geschäftsbericht für das Jahr 1974



**Deutsche
Ueberseeische Bank**
Gruppe Deutsche Bank

Berlin · Hamburg

Durch den Tod verloren wir
aus dem Kreise unserer aktiven Mitarbeiter

Herrn Antonio da Rosa Silva
General unserer Filiale São Paulo

Herrn Waldemar Schröder
Filiale Buenos Aires

aus dem Kreise unserer Pensionäre

Herrn Kurt Dinter

Herrn Bruno Engelmoor

Herrn Johannes Kolbe

Für werden der Verstorbenen stets unser Gedanke

Durch den Tod verloren wir
aus dem Kreise unserer aktiven Mitarbeiter

Herrn Antonio da Rosa Silva
Gerente unserer Filiale São Paulo

Herrn Waldemar Schröder
Filiale Buenos Aires

aus dem Kreise unserer Pensionäre

Herrn Kurt Dinter

Herrn Bruno Engelmohr

Herrn Johannes Kolbe

Wir werden der Verstorbenen stets ehrend gedenken

für die am Montag, dem 26. Mai 1975, 12.00 Uhr, im Hause der Deutschen Bank AG, Zentrale Frankfurt, Frankfurt/Main 1, Junghofstraße 5–11, stattfindende

ordentliche Hauptversammlung

1.
Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1974 mit dem Bericht des Aufsichtsrats
2.
Beschlußfassung über die Gewinnverwendung
3.
Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1974
4.
Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1974
5.
Ermächtigung des Vorstands, das Grundkapital bis zum 26. Mai 1980 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu 20 Mio DM durch Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals zu erhöhen; dabei ist den Aktionären ein mittelbares Bezugsrecht einzuräumen (genehmigtes Kapital)*.
6.
Satzungsänderungen
7.
Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1975

* Am 18. März 1975 hat der Vorstand beschlossen, von der durch die Hauptversammlung vom 25. Juni 1974 erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen, das Grundkapital um bis zu 20 Millionen DM zu erhöhen. Der Aufsichtsrat hat hierzu am gleichen Tage seine Zustimmung erteilt. Das Grundkapital wurde von 40 Millionen DM auf 60 Millionen DM durch Ausgabe neuer Inhaberaktien erhöht, die von der Deutschen Bank AG, Frankfurt/Main, zum Ausgabekurs von 150% übernommen wurden mit der Verpflichtung, sie den Aktionären zum gleichen Kurs im Verhältnis 2:1 zum Bezug anzubieten. Durch die erneute Schaffung eines genehmigten Kapitals von 20 Millionen DM soll dem erhöhten Geschäftsvolumen vorsorglich Rechnung getragen werden.

Ehrenpräsident:
Hermann J. Abs Frankfurt/Main

Aufsichtsrat

Franz Heinrich Ulrich	Düsseldorf	Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG Vorsitzender
Dr. Wilfried Guth	Frankfurt/Main	Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG stellv. Vorsitzender
Konsul Hans-Jürgen Hamann	Berlin	Mitglied des Vorstandes der Schering AG
Helmut Huth	Hamburg	Deutsche Ueberseeische Bank *
Walther J. Jacobs	Bremen	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Firma Joh. Jacobs & Co. GmbH
Karl Freiherr von Kleist	Hamburg	Deutsche Ueberseeische Bank *
Dr. Hans-Helmut Kuhnke	Hattingen	
Dr. Rolf Magener	Heidelberg	
Thilo Martens	Buenos Aires	Kaufmann
Rudolf August Oetker	Bielefeld	Industrieller
Werner Putzbach	Hamburg	Deutsche Ueberseeische Bank *
Hanspeter Willruth	Hamburg	Deutsche Ueberseeische Bank *

* Von den Arbeitnehmern gewählt

Vorstand

Eberhard F. Knorr	Buenos Aires
Günter E. Meißner	Hamburg
Louis Rodenstein	Hamburg

Direktor mit Generalvollmacht

Herbert S. Knorre	Hamburg
-------------------	---------

Direktoren der Zentrale

Gerald Schade	Hamburg
Dr. Uwe Baden (stellv.)	Hamburg
Günther Fleege (stellv.)	Hamburg
Werner Marquardt (stellv.)	Hamburg
Albrecht Völckers (stellv.)	Hamburg

Hauptniederlassungen

Berlin

1000 Berlin 12, Fasanenstraße 4

Leiter des Berliner Hauses: Horst Ehrke

Hamburg

2000 Hamburg 1, Ballindamm 7

Sitz der Verwaltung: Hamburg

Filialen in Deutschland

Düsseldorf

4000 Düsseldorf 1, Steinstraße 30

Direktor der Filiale: Heinrich Hildebrandt

Köln

5000 Köln 1, Unter Sachsenhausen 29/33

Direktor der Filiale: Erich Rössel

Stuttgart

7000 Stuttgart 1, Friedrichstraße 9

Direktor der Filiale: Nicol von Wiedebach-Nostitz

Filialen im Ausland

Argentinien

Banco Alemán Transatlántico

Buenos Aires,

Reconquista esq. Bartolomé Mitre

Direktion (Gerencia): Karl Ostenrieder, Raúl G. Stocker,

Friedbert W. Böhm, Miguel Kaupert

Stadtfilialen:

Belgrano

Avenida Cabildo 1750

Tribunales

Viamonte 1601

Zweigstellen:

Quilmes

Lavalle 550

Villa Ballester

Pueyrredón esq. Pacífico Rodríguez

Depositenkassen:

Calchaquí

Avenida los Quilmes 99

Ciudad Jardín

Avenida Wernicke 785

Crovara

Avenida Crovara 1690

Ruta 8

Ruta Nacional No. 8, km 17,200

San Martín

Balcarce 489

J. L. Suárez

Avenida Márquez 286

Banco Alemán Transatlántico

Sucursal Rosario

Rosario, Prov. de Santa Fé,

Corrientes 732

Leiter: Klaus Jürgen Hadrath

Banco Alemão Transatlântico
01000 São Paulo,
Rua 15 de Novembro 137

Direktion (Gerência): Antonio da Rosa Silva † 28. März 1975
Alfred Steffen

Japan

Deutsche Ueberseeische Bank
— Deutsche Bank Gruppe —
Filiale Tokio
Tokio 100,
Mitsubishi Shoji Building-Annex
3-1, Marunouchi 2-chome, Chiyoda-ku

Direktion: Manfred A. ten Brink
Ko Miwa

Luxemburg

Deutsche Ueberseeische Bank
— Succursale de Luxembourg —
Luxembourg,
68, Avenue de la Liberté

Direktion: Dr. Christian Baltzer

Paraguay

Banco Alemán Transatlántico
Asunción,
14 de Mayo esq. Estrella

Direktion (Gerencia): Werner Hahn

Vertretungen

Bolivien	La Paz
Brasilien	Rio de Janeiro
Chile	Santiago
Kolumbien	Bogotá D. E.
México	México 1 D. F.
Venezuela	Caracas

PACOR Ltda. — Sociedad Comercial
Leiter: Hartwig Krieg
Leiter: Jan Martens
Leiter: Alberto Veciana
Leiter: Norberto S. Neckelmann
Leiter: Claus Peter Tillmanns

LÄNDERBERICHT

Weltwirtschaft

Nach ersten Schätzungen zeichnet sich für fast alle Industrieländer ab, daß im Jahresdurchschnitt 1974 kaum noch ein reales Wachstum erwartet werden kann. Auch 1975 wird es insgesamt nicht zu einem viel besseren Ergebnis kommen. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf die weltweiten Preiserhöhungen der Rohstoffe, insbesondere des Rohöls, zurückzuführen, als deren Folge sich im übrigen die Zahlungsbilanzstrukturen weltweit grundlegend veränderten.

Die allgemeine Rohstoffhausse zu Beginn des Jahre 1974 wirkte sich in den Verbraucherländern inflationsfördernd aus. Der Preisauftrieb in den westlichen Ländern wird für 1974 mit durchschnittlich 14% nach etwa 8% im Jahre 1973 angegeben. Die Entwicklung des Welthandels spiegelte die weltweite Inflation deutlich wider. Während der wertmäßige Anstieg des Warenaustausches 1974 gegenüber dem Vorjahr rund 44% betrug, lag die preisbereinigte Ausweitung nur bei etwa 5% (1973: 38% bzw. 15%). Ein noch stärkeres Absinken der Zuwachsrates wurde in erster Linie durch die stark expandierende Einfuhr der Erdölexportländer, anderer Entwicklungsländer — die zunächst noch von der Rohstoffhausse profitiert hatten — und durch die vermehrten Lieferungen in die Staatshandelsländer verhindert.

Überregionale Zusammenschlüsse in Lateinamerika

Der umfassendste Wirtschaftszusammenschluß Lateinamerikas, die Lateinamerikanische Freihandelszone (ALALC) mit elf Mitgliedsländern, führte im Berichtsjahr verschiedene Maßnahmen zur Wiederbelebung und Neustrukturierung der Vereinigung durch. Es handelt sich um einen erneuten Versuch, die Liberalisierung des Handels, die bereits 1973 realisiert werden sollte, voranzubringen. Unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen der einzelnen Länder standen diesem Ziel bisher noch entgegen und wirken auch gegenwärtig hemmend auf die Entwicklung. Der Andenpakt stand 1974 im Zeichen der Diskussion um die chilenische Auslandskapitalgesetzgebung. Chile legt nach Ansicht der übrigen Mitgliedsländer das Andenpaktstatut bezüglich ausländischer Investitionen zu liberal

aus. — Die Länder des La Plata-Beckens bemühten sich — unter Vermeidung einer Blockbildung — zur Verbesserung ihrer Infrastruktur um eine regionale Kooperation, insbesondere zum Ausbau der Energieerzeugung aus Wasserkraft und zur Erweiterung der interregionalen Verkehrsverbindungen. Sie sind darüber hinaus bestrebt, die Integration Südamerikas innerhalb der ALALC und des später angestrebten Lateinamerikanischen Gemeinsamen Marktes voranzutreiben. — Der Mittelamerikanische Gemeinsame Markt (MCCA) befand sich weiterhin in einer schwierigen Phase. Dennoch erzielte Mittelamerika in seiner Gesamtheit durch diesen Zusammenschluß Fortschritte, die von den übrigen Vereinigungen noch nicht erreicht werden. Als gemeinsames Entwicklungsprojekt wurde von den MCCA-Partnerländern der Bau einer Erdölraffinerie an der costaricanischen Atlantikküste sowie einer Pipeline zwischen Pazifik- und Atlantikküste vorgesehen. — Der 1973 aus der Caribischen Freihandelszone CARIFTA hervorgegangene Gemeinsame Caribische Markt CARICOM, dem anfangs nur Barbados, Guayana, Jamaica und Trinidad-Tobago angehört hatten, erweiterte am 1. Mai 1974 wie vorgesehen die Zahl seiner Mitglieder durch den Beitritt von weiteren acht Staaten des Caribischen Raumes. Entsprechend den Zielen des zugrundeliegenden Vertrages soll ein Gemeinsamer Markt errichtet, die Außenpolitik der Caribischen Staaten koordiniert sowie die enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern fortgesetzt werden.

Argentinien

Nach dem Tode des Staatspräsidenten Juan Domingo Perón am 1. Juli 1974 übernahm sein Amt verfassungsgemäß die Vizepräsidentin María Estela Martínez de Perón. Wegen der verstärkten Aktivität terroristischer Gruppen wurde am 6. November 1974 der Ausnahmezustand verhängt.

Die argentinische Wirtschaft war im Berichtsjahr durch die in zunehmendem Maße auftretenden Mangelercheinungen gekennzeichnet. Die Verknappung betraf nicht nur importierte Rohstoffe und Halbfabrikate, sondern auch Güter einheimischer Produktion und wirkte sich in allen Wirtschaftszweigen aus. Ein im Herbst des Berichtsjahres neu gebildetes Wirtschaftskabinett unter Führung des kurz zuvor als Zentralbankpräsident zurückgetretenen Gómez Morales hat in der Wirtschaftspolitik neue Akzente gesetzt, die nicht nur eine Entspannung in der

verhärteten Preis- und Lohnpolitik, sondern auch durch Erleichterungen bei Importverfahren eine bessere allgemeine Versorgungslage bewirkten. Insgesamt erhöhten sich die Lebenshaltungskosten 1974 um gut 40%. Das Bruttoinlandsprodukt nahm real um etwa 6% zu.

Der Aktivsaldo der Handelsbilanz verringerte sich gegenüber 1973 um 290 Mio US-Dollar auf 740 Mio US-Dollar. Einer der hierfür ausschlaggebenden Faktoren war die Importsperrung der EG für Rindfleisch aus Drittländern seit dem 15. Juli 1974. 1973 gingen noch rund 80% der argentinischen Rindfleischexporte in den EG-Raum. Argentinien bemüht sich um die Erschließung neuer Absatzmärkte, vor allem in der Sowjetunion, den USA sowie in verschiedenen Ländern Europas und des Nahen Ostens. — Die Gold- und Devisenposition zum Ende des Berichtsjahres wird mit 1,5 Mrd US-Dollar angegeben, gegenüber 1,46 Mrd US-Dollar Ende 1973.

Das erste argentinische und zugleich auch erste lateinamerikanische Atomkraftwerk ist am 20. März 1974 in Atucha am Río Paraná in Betrieb genommen worden und soll in der Endstufe eine Leistung von 319 MW haben. Generell will Argentinien die Errichtung von Wasser- und Atomkraftwerken zu Lasten der Energieerzeugung durch Wärmekraftwerke, die Erdöl verheizen, fördern. In diesem Zusammenhang wurde Mitte 1974 der Bau eines zweiten Kernkraftwerkes (Leistung 600 MW) in Angriff genommen.

Bolivien

Im Anschluß an einen Putschversuch im November verhängte Staatspräsident Banzer den Ausnahmezustand und verschob die angekündigten Wahlen. Eine der Ursachen der anhaltenden Unruhen war die deutliche Anhebung der staatlich festgesetzten Höchstpreise für Grundnahrungsmittel, mit der die Entwicklung der Löhne nicht Schritt hielt. — Eine Delegation des Internationalen Währungsfonds, die sich zu Studienzwecken in Bolivien aufhielt, bezeichnete die Wirtschaftslage und die Aussichten für die weitere Entwicklung als gut. In ihrer Beurteilung ging sie von der Tatsache aus, daß aufgrund der außergewöhnlich hohen Preise für einige traditionelle Exportgüter wie Zinn, Erdöl und Erdgas sowie günstiger Preise für nichttraditionelle Ausfuhrprodukte wie Holz, Baumwolle und Vieh vielversprechende Möglichkeiten bestehen. — Die Bestrebungen zur weiteren Industrialisierung Boliviens wurden durch Kredite des Auslandes

unterstützt. Bolivien, das zu den Ländern mit den bedeutendsten Zinnvorkommen gehört, wird künftig sein Zinn im eigenen Lande schmelzen. — Die Nachbarländer, die Abnehmer von Erdöl, Erdgas und Erzen aus Bolivien sind, verbesserten ihre Handelsbeziehungen zu diesem Land durch den Abschluß weiterer Abkommen. Nach kürzlich vorgenommenen Mutungen werden die bereits bekannten Erdöl- und Erdgasvorkommen in den kommenden Jahren eine Steigerung der Exporte nach den Nachbarländern ermöglichen. Mit ausländischen Unternehmen wurden weitere Verträge über Erforschung und Ausbeutung neuer Erdölvorkommen abgeschlossen. — Erste Untersuchungen haben ergeben, daß Bolivien über ein bedeutendes Uranvorkommen verfügt, dessen Abbau für durchaus rentabel gehalten wird.

Brasilien

Am 15. März 1974 trat General Ernesto Geisel sein Amt als 50. Staatspräsident Brasiliens an. Die neue Regierung erklärte, daß sie die bereits von den Amtsvorgängern verfolgte Wirtschaftspolitik weiterführen werde. Schwerpunkte sind die Überwindung der sich für Brasilien aus der Erdölpreiskrise ergebenden Schwierigkeiten sowie die Bewältigung der Aufgaben, welche die in einer sich fortentwickelnden Industriegesellschaft notwendigen Strukturwandlungen mit sich bringen. Bei den Parlamentswahlen am 15. November erzielte die Opposition, die sich durch stärkere soziale Akzente von der Regierungspartei unterschied, beträchtliche Erfolge und errang sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat zusätzliche Sitze. Auch im Berichtsjahr wurde wiederholt betont, daß ausländische Investitionen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nach wie vor von großer Bedeutung sind. Es zeigte sich jedoch in den letzten Monaten des Jahres 1974, daß der Zustrom von Investitionskapital hinter den Erwartungen zurückblieb. Nach ersten Schätzungen wird Brasilien 1974 Auslandsinvestitionen von mehr als 1 Mrd US-Dollar verbuchen können.

Wegen des seit mehreren Jahren erstmals aufgetretenen Defizits der Zahlungsbilanz ist Brasilien in noch stärkerem Maße als bisher von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland abhängig. Der Zustrom von Auslandskrediten, der vorübergehend rückläufig war, setzte stärker ein, nachdem Brasilien Anfang Februar 1974 das im Jahr zuvor eingeführte 40%ige Bardepot auf Fremdwährungskredite aufhob und die Mindestlaufzeit im Laufe des Berichts-

jahres von zehn auf fünf Jahre verringerte. Auslandsgelder sollen künftig in größerem Maße zur Finanzierung von Projekten verwendet werden, die zu einer Entlastung der Handelsbilanz beitragen und nicht in so starkem Maße wie bisher zur Finanzierung von Betriebsmitteln. — Brasilien gilt infolge seines guten Investitionsklimas weiterhin als besonders interessantes Land für Investitionen ausländischen Kapitals. 1974 nahm Brasilien erstmals eine Anleihe in einem arabischen Öllieferland auf.

Obwohl die Entwicklung der Industrie auch im Berichtsjahr im großen und ganzen wieder befriedigend verlief, gelang es nicht, den Anstieg der Lebenshaltungspreise einzudämmen, so daß sich für das Gesamtjahr eine Teuerungsrate von 34,5% ergibt (1973: 15,5%), und somit eine Umkehrung der Entwicklung der letzten Jahre eintrat. Der dadurch verursachte Kaufkraftverlust, die sich deutlich abschwächende Binnenkonjunktur und die Sorge um die Entwicklung der Zahlungsbilanz veranlaßten die Regierung, ihre anfänglich verfolgte restriktive Wirtschaftspolitik aufzugeben. Die Produktion der Industrie entwickelte sich trotz der allgemeinen Beschaffungsschwierigkeiten positiv.

Während in den Vorjahren durch die starke Steigerungsrate der Exporte die Handelsbilanz trotz wachsender Importe etwa ausgeglichen werden konnte, überwogen 1974 die Einfuhren erheblich und führten zu einem Defizit der Handelsbilanz von 4,6 Mrd US\$. Der Versuch, die Importe durch Beschränkungen zu drosseln, war nicht in ausreichendem Maße erfolgreich. Allerdings erzielte man auf dem Gebiet der Exportdiversifizierung im Fertigwarenssektor weitere Erfolge. Von der Erschließung neuer Absatzmärkte, u. a. in den afrikanischen und arabischen Ländern sowie in den Ostblockstaaten und in der VR China, wird eine weitere Erhöhung des Exportes erhofft.

Die Sorgen um die nicht zuletzt infolge steigender Erdölpreise stark defizitäre Handelsbilanz veranlaßten die Regierung zu verstärkten Anstrengungen zur Erhöhung des Eigenanteils der Energieversorgung, da Brasilien bisher etwa 80% seines Erdölbedarfes importieren muß. Gegen Ende des Berichtsjahres wurden neue Erdölvorkommen entdeckt. Prognosen sprechen davon, daß sich in wenigen Jahren der Anteil der Eigenversorgung verdoppeln wird. — Durch die Errichtung von Kernkraftwerken, deren erstes gegenwärtig im Staat Rio de Janeiro gebaut wird, soll ab 1977 mit der Erzeugung von Atomenergie begonnen werden. — Zur gemeinsamen Nutzung der vorhandenen Wasserkraftreserven wurde die Zusammenarbeit mit Paraguay und Uruguay intensiviert.

Wie bereits in den Vorjahren wurde die Politik der Abwertung in kleinen Schritten fortgesetzt. Im Berichtsjahr ist der Cruzeiro elfmal abgewertet worden, so daß sich insgesamt ein Abwertungssatz von 16% gegenüber dem US-Dollar ergab.

Zwischen Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland wurde ein Doppelbesteuerungsabkommen paraphiert, jedoch bis Ende des Jahres noch nicht unterzeichnet. Es wird nicht damit gerechnet, daß die Bestimmungen vor 1977/78 angewendet werden.

Chile

Die innenpolitische Lage Chiles hat sich 1974 leicht entspannt. Der seit dem Wechsel der Regierungsgewalt im September 1973 bestehende Kriegszustand wurde ein Jahr danach durch einen auf sechs Monate befristeten Belagerungszustand zur inneren Verteidigung ersetzt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet war im Berichtsjahr eine langsame Erholung zu verzeichnen. Hierzu trugen im wesentlichen die im Vergleich zu den Vorjahren zunächst sehr günstigen Weltmarktpreise für Kupfer bei. Weitere Gründe waren Kapitalzuflüsse aus dem Ausland und die mit den Gläubigerländern des »Pariser Clubs« im Laufe des Jahres ausgehandelten Umschuldungsabkommen. Chile beabsichtigt, im Frühjahr 1975 mit den Gläubigerländern des »Pariser Clubs« erneut über eine Umschuldung zu verhandeln. Es wird ein Betrag von etwa 750 Mio US-Dollar zur Zahlung fällig, wovon etwa 400 Mio US-Dollar auf bereits früher umgeschuldete Verbindlichkeiten entfallen. — Der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes, der Kupferbergbau, der jährlich zwischen 70 und 80% der Devisenerlöse erbringt, konnte im Berichtsjahr einen beträchtlichen Produktionsanstieg erzielen.

Hauptproblem der Wirtschaftspolitik war weiterhin die Inflation. Im Gesamtjahr ergab sich nach Berechnungen des Nationalen Statistik Institutes (Instituto Nacional de Estadística — INI —) eine Erhöhung der Verbraucherpreise um 375,9%. Der überaus starke Preisauftrieb resultiert u. a. aus der Freigabe von vorher mit staatlichen Subventionen auf einem niedrigen Niveau festgehaltenen Preisen für eine Vielzahl von Gütern und Dienstleistungen.

Ein wichtiges Anliegen der chilenischen Politik war es, das Vertrauen des Auslandes in seine Wirtschaft zu stärken und durch geeignete Bestimmungen den für die Entwicklung des Landes notwendigen Zufluß ausländi-

schen Kapitals zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang muß auch die Einigung mit den US-amerikanischen Konzernen über eine Entschädigung für die im Jahre 1971 erfolgte Nationalisierung ihres Gesellschaftsanteils an den Unternehmen des Großen Kupferbergbaus gesehen werden. Zunehmendes ausländisches Interesse zeigte sich überdies in den Besuchen zahlreicher Wirtschaftsdelegationen. Die Regierung stimmte im Berichtsjahr ausländischen Investitionen in beträchtlicher Höhe zu. Die im Jahre 1973 begonnene sukzessive Abwertung des Escudo wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Es sind 24 Kurskorrekturen mit einem kumulierten Abwertungssatz von insgesamt 420% vorgenommen worden. Für das Berichtsjahr wird das Defizit der chilenischen Zahlungsbilanz auf etwa 200 Mio US-Dollar geschätzt gegenüber 253 Mio US-Dollar Ende 1973.

Columbien

Aus den Präsidentschaftswahlen ging der Kandidat der Liberalen Partei, Dr. Alfonso López Michelsen, als Sieger hervor. Anfang August trat er sein Amt für einen Zeitraum von vier Jahren als Nachfolger von Präsident Pastrana Borrero an. — Mitte September wurde für die Dauer von 45 Tagen der wirtschaftliche Notstand ausgerufen, um dem Staatspräsidenten die Möglichkeit zu geben, wirtschaftliche Anordnungen ohne Einschaltung des Parlaments treffen zu können. Wichtigste Gründe für diese Maßnahme waren das Haushaltsdefizit sowie die Inflation, die im Berichtsjahr einen Umfang von etwa 30% erreichte. — Die Erdölförderung Columbiens, das bisher Erdöl exportierte, ist rückläufig. Daher wurde die Suche nach weiteren Mineralölvorkommen verstärkt fortgesetzt und brachte gewisse Erfolge. Bei der Erschließung und Ausbeutung der Erdölvorkommen will sich Kolumbien besonders um ausländisches Kapital bemühen, allerdings nur zur Bildung von Joint-Ventures. Jedoch ist Kolumbien in seiner Energieversorgung nicht allein vom Erdöl abhängig. Hier befinden sich nach bisherigen Schätzungen 60% (rund 40 Mrd t) aller in Lateinamerika vorhandenen bekannten Kohlevorkommen. — Ende Juli wurde das Wasserkraftwerk Alto Anchicayá mit einer Kapazität von 340 MW in Betrieb genommen, das von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der südöstlichen Regionen des Landes ist. — Der Zustrom privater Direktinvestitionen aus dem Ausland sowie die Gewährung zahlreicher Auslandskredite verschiedener Organi-

sationen bewiesen die positive Einschätzung des Landes. Kolumbien setzte seine Politik fort, die internationale Zusammenarbeit auch auf die sozialistischen Staaten Europas auszudehnen. — Die Bemühungen um eine zunehmende Diversifizierung des Exportes waren erfolgreich. In den ersten acht Monaten des Jahres 1974 übertrafen die Erlöse aus nichttraditionellen Exporten diejenigen aus Kaffeeausfuhren.

Ecuador

Die Regierung Ecuadors ist darum bemüht, die aus den Erdölexporten ins Land fließenden Deviseneinnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Landes zu nutzen und versucht, die inflationsfördernden Einflüsse des Liquiditätszustroms einzudämmen. — Der Außenhandel hatte — vor allem aufgrund der stark gestiegenen Einnahmen aus dem Rohöllexport, aber auch durch die erhöhte Ausfuhr von Kakao und Meeresprodukten — eine günstige Entwicklung zu verzeichnen. — Um die vorhandenen Erdölreserven nicht vorzeitig auszuschöpfen, wurden von der Regierung Höchstsätze für die Tagesförderung festgelegt. Zusätzlich ist die Suche nach neuen Vorkommen von Erdöl und Erdgas vorangetrieben worden. — Das für die Stromversorgung der Hauptstadt Quito erbaute Wasserkraftwerk Nayón am Rio San Pedro konnte Ende Juli in Betrieb genommen werden. — Zwischen Ecuador und der Bundesrepublik Deutschland ist ein Vertrag über technische Kooperation beschlossen worden. Über den Abschluß eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen beiden Ländern sollen Verhandlungen aufgenommen werden.

Mexico

Das Wirtschaftsgeschehen in Mexico stand im Zeichen verstärkter Inflationsbekämpfung, um vor allem die breiten sozial schwächeren Bevölkerungsschichten vor einem weiteren Kaufkraftverlust zu bewahren. Dennoch wird für 1974 eine bei 20 bis 25% liegende Inflationsrate erwartet. Die inflationistischen Tendenzen waren nicht allein durch Preiskontrollen, Preisstopp und Steuererhöhungen aufzuhalten, und rezessive Erscheinungen verstärkten sich. Die Regierung war auch 1974 intensiv bemüht, die Arbeitsplätze zu erhalten und zu vermehren, um angesichts der großen Arbeitslosenquote von gegen-

wärtig 40% der erwerbstätigen Bevölkerung und einer Zuwachsrates der Bevölkerung von jährlich 3,5% eine weitere Verschärfung der sozialen Spannungen zu verhindern. Daß die wirtschaftliche Entwicklung dennoch allgemein positiv beurteilt wird, geht auf die in verschiedenen Industriebereichen erzielten Produktionssteigerungen sowie auf die deutliche Ausweitung des Außenhandelsvolumens durch verstärkte Kapitalgütereinfuhren zurück. Entgegen der ursprünglichen Annahme mußte Mexico im Berichtsjahr trotz Verbesserung der Ernteerträge wiederum Getreide importieren. Wegen eines beträchtlichen Anstiegs der Einfuhren besonders infolge eines erhöhten Bedarfes des öffentlichen Sektors erhöhte sich das chronische Handelsbilanzdefizit auf 3 107 Mio US\$ (1973: 1 694 Mio US\$). Der Ausfuhranteil von Gütern der verarbeitenden Industrie am Gesamtexport erreichte einen Wert von rund 60%. Angesichts des zunehmenden Handelsbilanzdefizits bemühte sich die Regierung verstärkt darum, den Tourismus zu steigern. In Anbetracht der expansiven Wirtschaftsentwicklung, die einen ständig steigenden Bedarf an Energie auslöst, unternahm die staatliche Erdölgesellschaft weiterhin große Anstrengungen, um die wachsende Nachfrage möglichst aus eigener Produktion zu decken; die Bemühungen erstreckten sich dabei sowohl auf die Erschließung neuer Reserven als auch auf die qualitative Verbesserung der Erzeugnisse. Aufgrund neuerschlossener Erdöl- und Erdgasvorkommen im Südosten des Landes wurde Mexico Selbstversorger auf dem Mineralölsektor mit der Aussicht, Rohöl künftig in zunehmenden Mengen exportieren zu können, nachdem bereits Ende September die ersten Verschiffungen mexicanischen Rohöls nach den USA vorgenommen worden sind. Neben der erhöhten Erdgasförderung wurden zur Versorgung des Landes mit elektrischer Energie die Kapazitäten der Kraftwerke erweitert und das Verteilernetz ausgebaut. Die positive Einschätzung der gegenwärtigen und künftigen Entwicklung der mexicanischen Wirtschaft fand auch im Berichtsjahr ihren Ausdruck im anhaltenden Zustrom ausländischen Kapitals.

Paraguay

Die allgemeine wirtschaftliche Lage war im Berichtsjahr günstig. Der Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes lag bei etwa 8%. Der Überschuß der Handelsbilanz war nicht so hoch wie 1973. Die Verringerung ist auf eine relativ geringe Ausweitung der Exporte bei gleichzeitiger star-

ker Erhöhung der Einfuhren zurückzuführen. Bedingt durch die Verhältnisse auf dem Weltmarkt, besonders wegen der Restriktionen der EG, verminderten sich die Rindfleischexporte um fast 25%. Dagegen stiegen auf der Einfuhrseite die Ausgaben für Erdöl und seine Folgeprodukte sowie für Nahrungsmittel, vor allem für Weizen, steil an. — Der Preisauftrieb hat sich 1974 weiter verstärkt. Die Konsumentenpreise erhöhten sich um rund 25% (1973: + 13%). — Paraguay bemühte sich im Berichtsjahr, seine Beziehungen zum Ausland zu festigen und neue Kontakte herzustellen. Erfolge dieser Bemühungen zeigten sich u. a. bei den Besuchen ausländischer Wirtschaftsdelegationen, in dem Abschluß von Abkommen über wirtschaftliche Kooperation sowie in einem verstärkten Zustrom mittel- und langfristiger ausländischer Kredite sowohl von mit der Entwicklungsförderung betrauten Institutionen als auch von privaten Unternehmen. Eine Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) hatte der Wirtschaft Paraguays eine positive Entwicklungstendenz attestiert. — Im Zuge der inneramerikanischen Zusammenarbeit wurden mit Argentinien und Brasilien verschiedene Verträge über industrielle Kooperation unterzeichnet, die primär auf die Förderung der industriellen Entwicklung Paraguays abzielen. — Gemeinsam mit Argentinien und Uruguay unterzeichnete Paraguay eine Absichtserklärung, derzufolge die Politik gegenüber den Ländern der EG künftig koordiniert werden soll.

Peru

Innenpolitisch war die Situation Perus durch zahlreiche Umbesetzungen im Kabinett des Staatspräsidenten General Velasco Alvarado gekennzeichnet. Wie aus dem umfassenden Regierungsplan hervorgeht, muß in den kommenden Jahren noch mit weiteren Verstaatlichungen gerechnet werden. Anfang 1974 wurde mit den USA eine Einigung über die Zahlung von Entschädigungen für enteignete oder übernommene US-amerikanische Gesellschaften erzielt.

Nach ersten Schätzungen wird für das Berichtsjahr ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 6,3% (1973: 5,6%) erwartet. Ein weit besseres Ergebnis als im Jahre 1973 erbrachte der Fischereisektor mit einer Zuwachsrates von mehr als 50%, da sich der Anchovisfang durch eine Änderung der klimatischen Bedingungen verbesserte. — Im Export konnte der Anteil der nichttraditionellen Pro-

dukte wesentlich erhöht werden. — Trotzdem dürfte die Handelsbilanz wegen quantitativer Zunahme der verteuerten Importe mit einem Defizit von etwa 450 Mio US\$ abschließen, nachdem zum Jahresende 1973 ein Aktivsaldo von 90 Mio US\$ erzielt worden war. — Die Lebenshaltungskosten stiegen im Berichtsjahr mit rund 20% stärker an als in 1973 (+ 13,7%).

Die künftige Entwicklung der peruanischen Mineralölwirtschaft wird als günstig angesehen. Peru beabsichtigt, der OPEC als Mitglied beizutreten und eine engere Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern anzustreben. Aufgrund der neuen Erdölfunde wurden mit den benachbarten Staaten Vereinbarungen über den Verkauf von Rohöl und über eine Zusammenarbeit auf diesem Sektor getroffen.

Der Tourismus konnte seine Bedeutung als zusätzliche Devisenquelle erneut erweisen, so daß auch von Regierungsseite verstärkte Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur in Angriff genommen wurden.

Sowohl internationale Finanzorganisationen als auch private Banken sagten umfangreiche Auslandskredite zu. — Mit osteuropäischen und arabischen Ländern sowie mit anderen lateinamerikanischen Staaten wurden neue Wirtschaftsabkommen abgeschlossen.

Anfang Juni 1974 haben Peru und die Bundesrepublik Deutschland einen Grundvertrag über technische Zusammenarbeit paraphiert. Er ersetzt den Vertrag von 1965, der im August 1973 auslief. — Mit der EG soll über den Export peruanischer Produkte in die Länder der Gemeinschaft verhandelt werden.

Uruguay

Die angespannte wirtschaftliche Situation des Landes dauert an. Außer dem bislang nicht zu bremsenden Preisauftrieb (1974 107% gegenüber 78% in 1973) beunruhigte vor allem die zunehmend defizitäre Handelsbilanz, die noch im Vorjahr mit einem Aktivsaldo abgeschlossen hatte. Einer beachtlichen Zunahme der nichttraditionellen Ausfuhr standen stagnierende Exporte der beiden wichtigsten Exportartikel des Landes, Wolle und Fleisch, gegenüber. Die Situation auf dem Fleischsektor war vornehmlich auf den Einfuhrstopp der EG-Staaten für Rindfleisch zurückzuführen. — Auf der Einfuhrseite fiel ins Gewicht, daß Uruguay nicht über eigene Erdölvorkommen verfügt. Die Verteuerung von Rohöl und

Erdölprodukten wirkte sich somit stark aus. Die Währungsreserven sanken im Laufe des Berichtsjahres erheblich. Die angespannte Lage der einheimischen Industrie soll durch das im April veröffentlichte Industrieförderungsgesetz verbessert werden. — Das Prinzip der schrittweisen Abwertung des Handelspeso wurde auch im Berichtsjahr beibehalten. 1974 erreichte der Abwertungssatz durch dreizehnmalige Kurskorrekturen eine Höhe von 75%. Auf dem Finanzmarkt wurde eine Liberalisierung der Devisenoperationen verfügt. Die Einkommen von Privatpersonen wurden von der Einkommensteuer befreit. — Zwischen Uruguay und Argentinien wurde ein Abkommen über die Liberalisierung des Warenaustausches zwischen beiden Staaten unterzeichnet, welches ab 1. Januar 1975 wirksam wird.

Venezuela

Der neue Staatspräsident Venezuelas, Carlos Andrés Pérez, der aus den Präsidentschaftswahlen Ende 1973 als Sieger hervorgegangen war, begann im März seine fünfjährige Amtsperiode. Innenpolitisch liegt der Hauptakzent auf der Bewältigung sozialer Probleme. In seiner Antrittsrede bezeichnete der Präsident den vermehrten Export von Fertigwaren als vorrangiges Ziel seiner Wirtschaftspolitik. Er bekannte sich zu einem nationalistischen Kurs und bekräftigte die Absicht, die im Lande tätigen ausländischen Erdölgesellschaften innerhalb von zwei Jahren, d. h. bereits vor Ablauf ihrer Konzessionsfrist im Jahre 1983, zu verstaatlichen; inzwischen wurde die Eisenerzförderung nationalisiert. Besonders unterstützt werden soll von staatlicher Seite die Landwirtschaft, um von den bisher erforderlichen hohen Agrarimporten unabhängig zu werden. — Um der sich immer deutlicher abzeichnenden inflationären Tendenz entgegenzuwirken, wurden einzelne Preise und Tarife für lebenswichtige Güter und Dienstleistungen eingefroren. Zusätzlich sind zwei Fonds zur Förderung der bisher unzureichenden inländischen Produktion in Industrie und Landwirtschaft geschaffen worden. Im Rahmen der Verstaatlichung der Mineralölindustrie und der Erdölvermarktung wurde die Erweiterung von Transportkapazitäten in Angriff genommen. Ab 1975 soll mit dem Aufbau einer venezolanischen Tankerflotte begonnen werden. — Aufgrund der hohen Erdöleinnahmen erreichten die internationalen Devisenreserven des Landes Ende 1974 mit 6,4 Mrd US\$ eine Rekordhöhe; die Reserven wurden zu

einem erheblichen Teil in den USA und auf dem Eurodollarmarkt angelegt.

Die venezolanische Regierung hat im Juni 1974 durch Gesetz den nationalen Investitionsfonds (Fondo de Inversiones de Venezuela) geschaffen, der einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Landes aus der Förderung und Verarbeitung von Erdöl und Erdgas als Sondervermögen der öffentlichen Hand verwalten wird. Aufgaben des Fonds sind die Finanzierung der einheimischen Schlüsselindustrien, Diversifizierung der venezolanischen Wirtschaft und die rentable Anlage überschüssiger Mittel vorübergehend im Ausland, welche entsprechend den Projektfortschritten in die venezolanischen Vorhaben zurückfließen sollen. Der Fonds weist per Jahresende 1974 eine Mittelausstattung von rund 3 Mrd US\$ aus. Auch in den nächsten Jahren werden gleiche jährliche Zuweisungen erwartet. Der Fonds hat bisher der Weltbank ein Darlehen von 500 Mio US\$ gewährt, ferner langfristige Darlehen an Entwicklungsbanken, wie die Interamerikanische Entwicklungsbank, die Zentralamerikanische Entwicklungsbank und die Caribische Entwicklungsbank.

Zentralamerika

In Costa Rica trat Anfang Mai der neugewählte Staatspräsident Daniel Odúber Quirós sein Amt für die Dauer von vier Jahren an; da der neue Präsident derselben Partei angehört wie sein Amtsvorgänger, wurde ein kontinuierlicher Fortgang der bisherigen Politik des Landes gesichert. Wichtigste wirtschaftspolitische Zielsetzung ist eine noch engere Zusammenarbeit im Rahmen Lateinamerikas, um Preiskonkurrenz auf den gemeinsamen Absatzmärkten zu vermeiden. Industrie und Landwirtschaft erreichten bessere Ergebnisse. Zwischen Costa Rica und Nicaragua wurde ein Abkommen über gemeinsame energiewirtschaftliche Nutzung des Wasserkraftpotentials des Río San Juan geschlossen. — In der Dominikanischen Republik hielt die lebhaft ausgeprägte ausländische Investitionstätigkeit in Verbindung mit Joint-Venture-Operationen auf verschiedenen Wirtschaftssektoren im Berichtsjahr weiter an; gleichwohl konnte die hohe Arbeitslosigkeit dadurch nicht wesentlich gemindert werden. Der Inflationsdruck hielt ebenfalls an. Anhaltend gute Zuckerrohrernten und steigende Nachfrage des Auslandes konnten trotz verteuerter Erdöleinfuhren als positiver Aspekt im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Wirtschaft des Landes gewertet werden. — Die Wirtschafts-

politik El Salvadors war im Berichtsjahr durch eine Kontinuität gekennzeichnet, da die Regierungspartei unter Staatspräsident Oberst Arturo Molina bei den Parlamentswahlen vom März bestätigt worden ist. Da befürchtet wurde, daß infolge der beträchtlichen Mehrkosten für den Erdölimport die für Investitionsgütereinfuhren benötigten Devisenbeträge künftig nicht mehr in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen und sich dadurch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zwangsläufig verlangsamen würde, sind devisensparende Restriktionsmaßnahmen verfügt und die Exporte nichttraditioneller Güter gefördert worden. Zur Erweiterung der Absatzmärkte nahm die Regierung erste Wirtschaftskontakte mit den sozialistischen Ländern Europas auf. Außerdem bemühte sie sich weiterhin, das Verhältnis zu Honduras zu verbessern. — Zur Mitte des Berichtsjahres trat in Guatemala General Kjell Eugenio Laugerud García für die nächsten vier Jahre das Amt des Staatspräsidenten an. Trotz der gestiegenen Weltmarktpreise für Erdöl und der Verteuerung anderer Rohstoffe sind die Aussichten, die sich für die Wirtschaft bieten, angesichts der weiterhin guten Exportmöglichkeiten und einer stark expandierenden Industrie bei gleichzeitig hohem Niveau der öffentlichen Ausgaben allgemein positiv zu beurteilen. — Wesentlicher Faktor des Wirtschaftsaufschwunges in Haiti war im Berichtsjahr die Entwicklung der Weltmarktpreise für die wichtigsten Exporterzeugnisse des Landes. Zusätzlich konnte eine zunehmende Bereitschaft ausländischer Investoren zur Errichtung von Veredelungsbetrieben unter Ausnutzung der noch immer beträchtlichen Lohnkostenvorteile bei gleichzeitig weitreichenden fiskalischen Vergünstigungen beobachtet werden. Die ständig steigenden Einnahmen aus dem Tourismus stellten wiederum eine wichtige Devisenquelle des Landes dar. — Honduras sah sich als ein von der weltweiten Ölkrise und Inflation betroffenes Land mit passiver Handelsbilanz gezwungen, künftig seine natürlichen Reserven an Bodenschätzen und Wasserkraft besser und rationeller zu nutzen, um über die für den infrastrukturellen Ausbau und die weitere Industrialisierung erforderlichen Rohstoffe und Energiekapazitäten verfügen zu können. Dafür wurden Honduras Kredite von internationalen Entwicklungsgesellschaften zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit anderen mittelamerikanischen Bananenproduzenten schloß Honduras ein Abkommen über die Schaffung einer »Gemeinschaft der Bananenexporteure«. — Das politische Interesse Nicaraguas war 1974 auf die Präsidentschaftswahlen im Sep-

tember gerichtet, bei denen der bisherige Staatspräsident General Somoza Debayle im Amt bestätigt wurde. Aufgrund guter Ernten und höherer Weltmarktpreise für die Exportprodukte des Landes waren die Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung trotz Dürre- und Regenschäden des Jahres 1973 allgemein günstig, so daß ein deutlicher Anstieg des Bruttoinlandsproduktes erwartet wird. — Die Verhandlungen Panamas mit den USA über die Kanalzone wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. Zwischen den beteiligten Ländern ist ein Grundsatzabkommen unterzeichnet worden, das u. a. die zeitliche Begrenzung der US-amerikanischen Souveränität über die Kanalzone sowie die stufenweise Übertragung der Hoheitsrechte über den Kanal an Panama vorsieht. Ein stark ausgeweiteter staatlicher Investitionsplan fördert die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes weiter. Eine erhebliche Belebung der Wirtschaft wird von neuentdeckten, umfangreichen Kupferlagerstätten erwartet.

Öffentliche Anleihen innerhalb unseres Arbeitsgebietes

Infolge der schwachen Verfassung des Eurobond-Marktes sank das Volumen der öffentlichen Anleihen im Berichtsjahr erheblich, was sich auf das internationale Emissionsgeschäft auswirkte. Soweit es der Markt gestattete, wichen potentielle Emittenten auf mittel- bis langfristige Eurokredite aus.

Die »Brisa-Auto-Estradas de Portugal, S.A.R.L.« legte im Januar 1974 eine vom portugiesischen Staat garantierte Euro-Anleihe in Höhe von 15 Mio Rechnungseinheiten auf. Dabei war die Deutsche Bank im Konsortium mitführend tätig.

Die erste auf DM lautende japanische Industrie-Anleihe in Höhe von 100 Mio DM wurde Ende des Berichtsjahres von der Mitsubishi Heavy Industries Ltd. unter der Konsortialführung der Deutschen Bank begeben.

Deutsche Direktinvestitionen

Der Anteil der bundesdeutschen Kapitalanlagen in Lateinamerika betrug Mitte 1974 mit 4 494,9 Mio DM etwa 13 % der gesamten Auslandsinvestitionen. Er lag damit bei 43 % der Direktinvestitionen aus der Bundesrepublik Deutschland in Entwicklungsländern.

Warenaustausch

Bundesrepublik Deutschland — Lateinamerika

Im Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern Lateinamerikas war im Berichtsjahr sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen eine deutliche Steigerung zu verzeichnen. Deutschen Ausfuhren im Wert von 9 940,0 Mio DM (1973: 6 090,2 Mio DM) standen Einfuhren im Wert von 6 665,0 Mio DM (1973: 5 762,7 Mio DM) gegenüber. Damit schloß die Handelsbilanz im Vergleich zum Vorjahr mit einem sehr stark angewachsenen Aktivsaldo von 3 275,0 Mio DM (1973: 327,5 Mio DM) ab. — Wichtigster lateinamerikanischer Handelspartner der Bundesrepublik blieb weiterhin Brasilien, das mit 32,5 % (1973: 33,8 %) an den deutschen Einfuhren aus Mittel- und Südamerika und mit 38,8 % (1973: 33,5 %) an den Ausfuhren nach diesem Raum beteiligt war. An zweiter Stelle als Lieferland stand Chile mit 12,1 % (8,5 %) vor Argentinien mit 10,9 % (17,8 %) und Venezuela mit 9,5 % (0,5 %). Mit einem Anteil von 13,6 % (15,3 %) war Mexico zweitwichtigster lateinamerikanischer Abnehmer deutscher Waren vor Argentinien mit 10,5 % (9,7 %) und Venezuela mit 8,6 % (12,7 %).

Der Gütertausch der Bundesrepublik Deutschland mit Ibero-Amerika

Herstellungs- bzw. Verbraucherländer	Deutsche Einfuhr				Deutsche Ausfuhr			
	1974*) Mio DM	1973 Mio DM	Veränderung 1973/74 Mio DM	%	1974*) Mio DM	1973 Mio DM	Veränderung 1973/74 Mio DM	%
Argentinien	721,1	1 031,8	— 310,7	— 30,1	1 044,7	591,3	+ 453,4	+ 76,7
Bolivien	52,2	41,5	+ 10,7	+ 25,5	86,8	44,4	+ 42,4	+ 96,9
Brasilien	2 016,3	1 946,5	+ 69,8	+ 3,6	3 862,9	2 044,0	+ 1 818,9	+ 88,9
Chile	808,8	489,0	+ 319,8	+ 65,5	362,6	255,8	+ 106,8	+ 41,7
Columbien	455,7	408,3	+ 47,4	+ 11,6	374,2	258,2	+ 116,0	+ 44,9
Costa Rica	194,0	157,3	+ 36,7	+ 23,4	104,8	74,7	+ 30,4	+ 41,1
Cuba	16,9	11,4	+ 5,5	+ 49,9	292,5	87,2	+ 205,3	+ 235,9
Dominicanische Republik	30,0	33,4	— 3,4	— 10,3	78,9	68,7	+ 10,2	+ 14,8
Ecuador	170,2	143,3	+ 26,9	+ 18,1	212,0	122,1	+ 89,9	+ 73,7
El Salvador	197,5	162,6	+ 34,9	+ 21,4	100,5	75,9	+ 24,6	+ 32,4
Guatemala	184,2	106,4	+ 77,8	+ 73,4	133,5	89,6	+ 43,9	+ 48,7
Rep. Haiti	6,0	2,2	+ 3,8	+ 189,9	17,2	16,3	+ 0,9	+ 5,6
Rep. Honduras	93,7	112,7	— 19,0	— 16,9	37,1	23,9	+ 13,2	+ 53,3
Mexico	313,5	208,8	+ 104,7	+ 50,1	1 354,8	934,1	+ 420,7	+ 45,1
Nicaragua	120,1	80,3	+ 39,8	+ 49,8	94,1	64,4	+ 29,7	+ 46,4
Panama ohne Kanalzone	73,9	79,4	— 5,5	— 6,9	326,3	143,8	+ 182,5	+ 126,8
Paraguay	92,2	85,1	+ 7,1	+ 8,4	44,4	30,5	+ 13,9	+ 44,9
Peru	411,0	246,8	+ 164,2	+ 66,5	477,5	332,1	+ 145,4	+ 43,8
Uruguay	76,4	112,7	— 36,3	— 32,1	82,5	61,5	+ 21,0	+ 33,9
Venezuela	631,4	303,2	+ 328,2	+ 108,3	852,8	772,3	+ 80,5	+ 10,5
Ibero-Amerika insgesamt	6 665,0	5 762,7	+ 902,3	+ 15,6	9 940,0	6 090,2	+ 3 849,8	+ 63,2

*) Vorläufige Zahlen

Zahlen nach Herstellungs- und Verbrauchsländern

Spanien und Portugal

Die spanische Wirtschaft weist neuerdings deutlich geringere Zuwachsraten auf als bisher. Gründe dafür waren die Kreditverknappung mit der sich daraus ergebenden nachlassenden Investitionstätigkeit, ferner eine weitere Verteuerung der Rohstoffe, insbesondere des Rohöls, sowie eine rückläufige Tendenz der Nachfrage. Insgesamt lag der Anstieg der Lebenshaltungskosten 1974 bei etwa 20 % (1973: 14,3 %). Infolge der Teuerung kam es in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres zu Lohnkämpfen. — Eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz ergab sich sowohl aus einer defizitären Entwicklung der Handelsbilanz aufgrund höherer Devisenaufwendungen für Importe als auch aus einem deutlichen Rückgang des Tourismus und damit der Deviseneingänge sowie aus verringerten Überweisungen spanischer Arbeitnehmer im Ausland. Entsprechend den Empfehlungen der OECD wurde zu Beginn des Jahres von der Regierung zunächst eine auf Expansion gerichtete Wirtschaftspolitik eingeleitet, um die Auswirkungen der Ölkrise zumindest teilweise zu kompensieren. Maßnahmen in diesem Zusammenhang waren u. a. die Bereitstellung zusätzlicher Kredite, eine Steuersenkung bei Erdölprodukten und Steuervergünstigungen für Investitionen. Um das hohe Defizit der Handelsbilanz zu verringern, wurde ein Exportförderungsprogramm verabschiedet, das für im Export tätige Unternehmen Krediterleichterungen vorsieht. Ferner ist der Tourismus unterstützt und gefördert worden. Im Oktober wurde ein Sparprogramm aufgestellt, mit dessen Hilfe die Vollbeschäftigung angestrebt, der Preisauftrieb eingedämmt und das Ungleichgewicht der Handelsbilanz beseitigt werden soll.

Am 22. Januar 1974 begann das Floating der spanischen Peseta, da sich die Beibehaltung einer festen Bindung an den US-Dollar nach Ansicht der Regierung damals nachteilig auf verschiedene Wirtschaftszweige ausgewirkt hätte.

In Portugal wurde am 25. April 1974 die Regierung Caetano durch einen Militärputsch gestürzt und von einer Militärjunta unter Leitung von General Spínola abgelöst, welcher bereits Anfang des Jahres durch seine Kritik an der Kolonialpolitik der Regierung bekannt geworden war. Am 15. Mai übernahm er das Amt des Staatspräsidenten. Nach seinem Rücktritt am 30. September ist General Francisco da Costa Gomes zu seinem Nachfolger ernannt worden. Nach dem Umsturz wurden freie Wahlen angekündigt; ferner hob man die Pressezensur auf, ließ Parteien und Gewerkschaften zu und erkannte das Streikrecht gesetzlich an. Außerdem begannen Waffenstillstandsverhandlungen mit den Befreiungsorganisationen der Überseeprovinzen Portugiesisch-Guinea, Moçambique, Angola und Cabo Verde mit dem Ziel, den Kolonien die vollständige Unabhängigkeit zuzugestehen. Auf wirtschaftlichem Gebiet waren die schwerwiegendsten Probleme das zunehmende Defizit der Zahlungsbilanz aufgrund einer weiteren Erhöhung des chronischen durch zusätzliche Aufwendungen für Rohölkäufe vergrößerten Handelsbilanzdefizits, ferner die Inflation sowie die strukturell bedingte Arbeitslosigkeit, die seit Jahren einen bedeutenden Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung des Landes zur Emigration zwingt. Eine Verschärfung der Lage am Arbeitsmarkt wird noch dadurch erwartet, daß zum einen im Zuge der Entkolonisierung sowohl Truppenreduzierungen als auch eine Rückkehr von Siedlern aus den Kolonien bevorstehen dürften und sich zum anderen der Umfang der Emigration infolge der unsicheren Wirtschaftslage in den Industrieländern verringern kann. Ende Juni traten in Brüssel die Delegationen Portugals und der EG-Kommission zur erneuten Sitzung des Gemischten Ausschusses zusammen, wobei die portugiesische Delegation ihrem Wunsch nach einer Festigung der Beziehungen zur Gemeinschaft Ausdruck verlieh. Da der Anstieg der deutschen Exporte nach Spanien 1974 sowohl absolut als auch prozentual deutlich höher war als die Ausweitung der deutschen Importe aus Spanien,

	Deutsche Einfuhr				Deutsche Ausfuhr			
	1974*)	1973	Veränderung 1973/74	%	1974*)	1973	Veränderung 1973/74	%
	Mio DM	Mio DM	Mio DM		Mio DM	Mio DM	Mio DM	
Spanien	2 142,1	2 025,5	+ 116,6	+ 5,8	4 339,3	3 354,9	+ 984,4	+ 29,3
Portugal	482,8	415,5	+ 67,3	+ 16,1	1 681,8	1 241,8	+ 440,0	+ 35,5

*) Vorläufige Zahlen

Zahlen nach Herstellungs- und Verbrauchsländern

konnte sich der Aktivsaldo der Bundesrepublik mit 2197,2 Mio DM im Vergleich zum Vorjahr (1973: 1329,4 Mio DM) fast verdoppeln. — Im Warenaustausch mit Portugal erhöhte sich der Exportüberschuß der Bundesrepublik bei nur leicht gestiegenen deutschen Importen aus Portugal von 826,3 Mio DM in 1973 auf 1199,0 Mio DM im Berichtsjahr.

Japan

Nach 28monatiger Amtszeit trat Premierminister Kakuei Tanaka Ende November 1974 zurück, womit er dem steigenden Druck der Öffentlichkeit nachgab und die Verantwortung für die innenpolitische Krise übernahm. Sein Nachfolger wurde Takeo Miki, der bisherige stellvertretende Premierminister. Die politischen Beziehungen zu den USA entspannten sich weiter, was seinen Ausdruck u. a. im Staatsbesuch von Präsident Ford als dem ersten amtierenden US-amerikanischen Staatsoberhaupt in Japan fand. Die Wirtschaft Japans stand im Berichtsjahr im Zeichen einer deutlichen konjunkturellen Abschwächung, die — zum ersten Mal nach dem 2. Weltkrieg — alle Merkmale einer Stagnation aufwies. Ein besonderes Problem stellte die zunehmende Inflation dar, die im Gesamtjahr etwa 25% erreichte (1973: 11,7%) und zu deren Bekämpfung von seiten der Regierung eine Politik der Nachfragedrosselung durch kreditpolitische Maßnahmen eingeleitet worden ist. Diese Politik des knappen Geldes wurde weiterhin beibehalten, als die wirtschaftlichen Indikatoren bereits auf eine beginnende Rezession hingen, was auch in einer zunehmenden Anzahl von Konkursen kleiner und mittlerer Firmen deutlich wurde. Die Abkühlung der Konjunktur zeigte sich ebenfalls in rückläufigen Produktionszahlen, steigenden Lagerbeständen und in einer zunehmenden Arbeitslosigkeit, die bis zum Ende des Berichtsjahres einen Stand von rund 2% erreicht hatte. Dennoch ist der Eindämmung der Inflation Priorität eingeräumt worden bis man begann, die Wirtschaftspolitik umzustellen. Trotz der restriktiven Kreditpolitik war eine überraschend große Investitionsneigung der Industrie zu beobachten. Vom Industrie- und Handelsministerium wurde ein Fünfjahresplan über die Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf dem Mineralölsektor aufgestellt, der der Regierung als Grundlage für die Erdölpolitik dienen soll, da das Land beim Rohöl vollständig auf Importe angewiesen ist.

Nachdem der japanische Außenhandel — u. a. bedingt durch umfangreiche Rohölimporte — für die erste Jahreshälfte noch eine stark defizitäre Handelsbilanz ausweist, konnte bis zum Ende des Berichtsjahres infolge der eingeleiteten stabilitätspolitischen Maßnahmen insgesamt ein Aktivsaldo erzielt werden.

Im Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und Japan konnten die deutschen Exporte mit einem Wert von 3243,6 Mio DM (1973: 2749,0 Mio DM) im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung verzeichnen, während die Importe aus Japan im Berichtsjahr mit einem Wert von 3480,2 Mio DM (1973: 3596,4 Mio DM) leicht zurückgingen. Dadurch verringerte sich der Passivsaldo der Handelsbilanz auf 236,6 Mio DM (1973: 847,4 Mio DM).

Veröffentlichungen

Unser monatlich erscheinender »Wirtschaftsbericht« und der »Jahresrückblick«, der alljährlich im Januar erscheint, geben über die Entwicklung in den einzelnen Ländern Lateinamerikas sowie über Spanien und Portugal ausführlich Auskunft. Wir berichten außerdem durch Spezialinformationen über Japan.

Unsere Bank schloß das Geschäftsjahr 1974 mit einem guten Ergebnis ab, das es erfreulicherweise ermöglicht, eine höhere Dividende vorzuschlagen. Die *Bilanzsumme* erhöhte sich um 25,2% von 1 405,5 Mio DM auf 1 759,4 Mio DM; das *Geschäftsvolumen* stieg in etwa gleichem Maße um 25,3% auf 1 853,0 Mio DM.

Die Geschäftsausweitung erfolgte ausschließlich bei unseren Auslandsfilialen. Bei der Deutschen Ueberseeischen Bank in Tokyo verdreifachte sich das Volumen in Landeswährung gegenüber dem Jahresende 1973. Das Geschäftsvolumen in Landeswährung stieg bei unseren südamerikanischen Filialen in Argentinien um 33,4%, in Brasilien um 90,2% und in Paraguay um 27,7%. Die positiven Entwicklungen der Stellen in Südamerika und Japan schlagen sich bei der Umrechnung und Konsolidierung in der DMark-Gesamtbilanz nicht voll nieder, da der Kurs der jeweiligen Landeswährung im Vergleich zur DMark gesunken ist. Die im April 1974 in Luxemburg eröffnete Niederlassung entwickelte sich gut.

Die *Barreserve* (Kassenbestand, Postscheckguthaben, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank und bei ausländischen Zentralbanken) ermäßigte sich gegenüber dem Vorjahr um 40,5 Mio DM auf 167,8 Mio DM, da bei der Deutschen Bundesbank aufgrund der erleichterten Mindestreservebestimmungen geringere Guthaben gehalten zu werden brauchten. Die Barreserve beträgt 11,6% (1973: 16,2%) der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Gläubigern einschließlich der Eigenen Akzepte und der Solawechsel im Umlauf sowie der Sonstigen Verbindlichkeiten.

Die fremden Gelder erhöhten sich um 14,2% auf 1 317,9 Mio DM (1973: 1 154,0 Mio DM). Die Entwicklung der uns anvertrauten Gelder stellen wir im einzelnen im Teil III des Berichts dar.

Das *Kreditgeschäft* entwickelte sich wie folgt:

	31. 12. 1974 Mio DM	31. 12. 1973 Mio DM
Wechselkredite	387,4	410,4
Kredite an Banken	67,9	70,4
Forderungen an Kunden	783,9	614,9
	<u>1 239,2</u>	<u>1 095,7</u>

Die Ausweitung des Kreditvolumens erfolgte ausschließlich bei unseren Auslandsfilialen. Bei den inländischen Niederlassungen ermäßigten sich sowohl Bar- als auch Wechselkredite.

Im Kreditgeschäft haben wir für nicht erkennbare Risiken Sammelwertberichtigungen in der vorgeschriebenen Höhe gebildet. Alle erkennbaren Risiken wurden durch Bildung von Einzelwertberichtigungen gedeckt; den besonderen Risiken im Überseegeschäft wurde verstärkt Rechnung getragen.

Im Dienstleistungsgeschäft — in unserer Bank vor allem im Auslandsgeschäft — erzielten wir bei unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Niederlassungen und Geschäftssparten, beeinflusst durch die wirtschaftlichen Gegebenheiten in den betreffenden Ländern, insgesamt gesehen wiederum höhere Umsätze. Die Erträge stiegen ebenfalls.

Die Zahl unserer Mitarbeiter ist gegenüber dem 31. Dezember 1973 um 5,5% von 1 326 auf 1 399 gestiegen, von denen 910 (1973: 855) im Ausland tätig waren. Der Anteil der weiblichen Angestellten lag unverändert bei 39%.

Die Zusammenarbeit mit dem Gesamtbetriebsrat der deutschen Niederlassungen gestaltete sich weiterhin positiv; wir besprachen mit ihm laufend personelle, soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten.

Die Ausbildung unserer Nachwuchskräfte durch Fachlehrgänge und Fremdsprachenkurse setzten wir fort. Außerdem gaben wir förderungswürdigen Mitarbeitern Gelegenheit, ihre Kenntnisse im Austausch zwischen unseren überseeischen und deutschen Niederlassungen zu erweitern.

Der sozialen Betreuung unserer Angestellten, Pensionäre und der Hinterbliebenen ehemaliger Bankangehöriger widmeten wir auch in 1974 unsere besondere Aufmerksamkeit.

Allen Betriebsangehörigen, die durch ihre verantwortungsvolle Mitarbeit und Einsatzbereitschaft zur erfolgreichen Entwicklung der Bank beigetragen haben, sprechen wir auch an dieser Stelle Dank und Anerkennung aus.

Mit der bisherigen Geschäftsentwicklung des Jahres 1975 sind wir zufrieden.

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft war am 31. Dezember 1974 mit 97,3% an unserem Aktienkapital beteiligt. Es besteht ein Konzernverhältnis gemäß § 18 AktG.

Im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG wurde für das Geschäftsjahr 1974 erklärt:

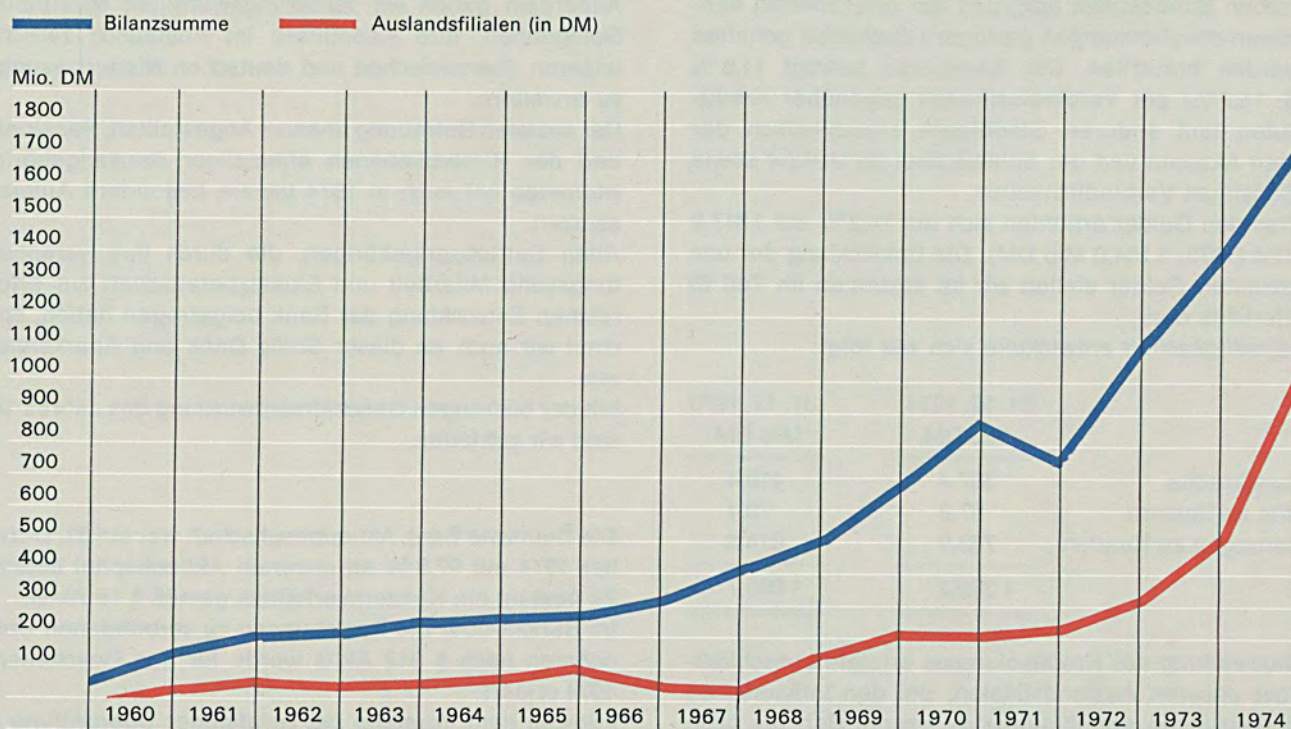
»Soweit dem Vorstand bei sorgfältiger Überprüfung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen im Sinne von § 312

AktG bekannt ist, hat die Gesellschaft nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und dadurch, daß die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, keine Nachteile erlitten.«

Die geschäftlichen Beziehungen zur Deutschen Bank Aktiengesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erstreckten sich auf bankübliche Transaktionen. In 1974 unterhielt die Deutsche Bank Aktiengesellschaft bei uns größere Guthaben.

Die Jubiläumsstiftung der Deutschen Ueberseeischen Bank GmbH erfüllte auch 1974 alle begründeten Unterstützungsanträge. Im Berichtsjahr stellten wir der Gesellschaft, deren Kapital sich voll in unserem Besitz befindet, 20 000,— DM zur Verfügung. Diese Dotation ist steuerfrei.

Bilanzsumme Gesamtbank



BILANZ

Zu einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung geben wir die nachfolgenden Erläuterungen:

Wechsel

Vom Wechselbestand in Höhe von 284,5 Mio DM sind 122,8 Mio DM = 43,2% bundesbankfähig; außerdem hielten unsere Auslandsfilialen Abschnitte mit Restlaufzeiten bis zu 90 Tagen im Gegenwert von 67,8 Mio DM im Portefeuille. Die weiteren Wechsel sind Abschnitte, deren Restlaufzeiten 90 Tage überschreiten oder deren Domizilie-

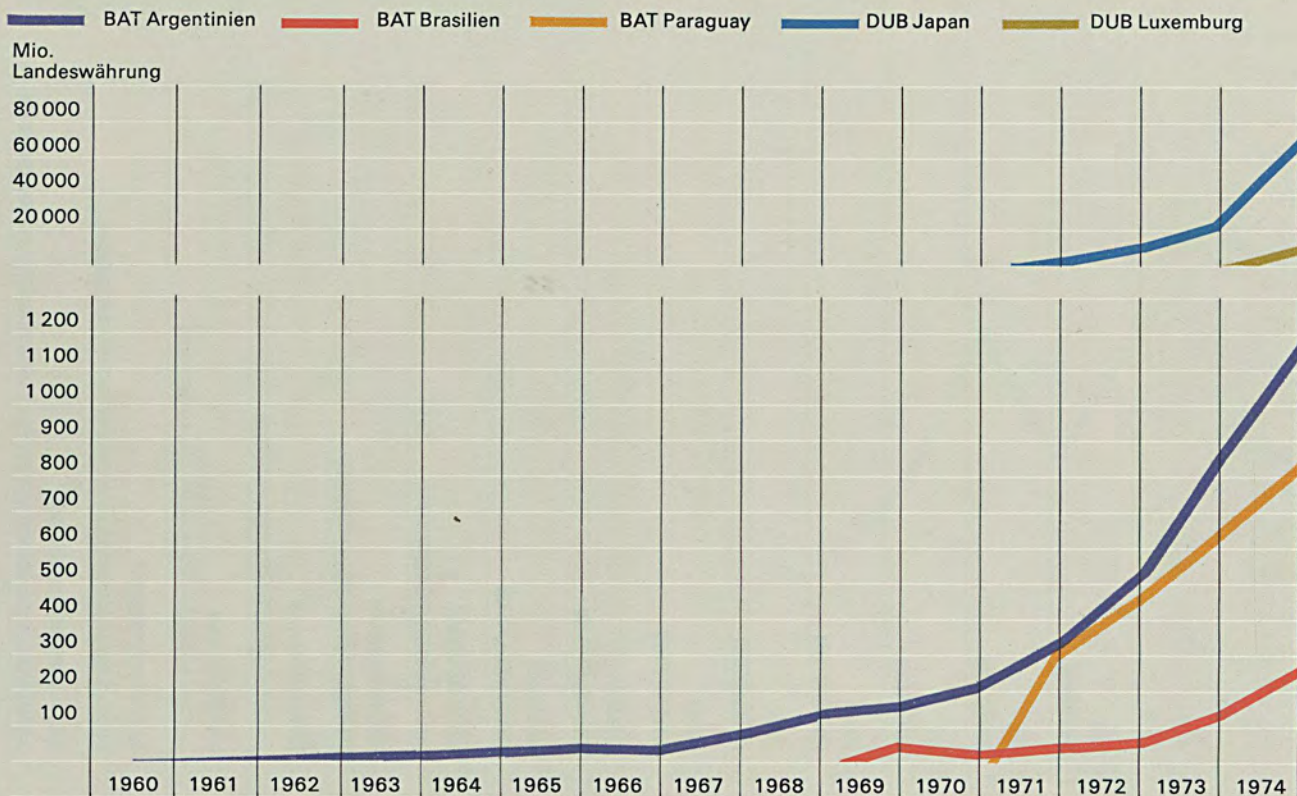
rung nicht den Rediskontbestimmungen der Deutschen Bundesbank entspricht.

Die Position Eigene Ziehungen enthält ausschließlich Solawechsel, die wir vom Aussteller direkt angekauft haben.

Forderungen an Kreditinstitute

Der Bilanzausweis erhöhte sich um 95,9 Mio DM (58,0%) auf 261,3 Mio DM.

Die Forderungen setzen sich zusammen aus 67,9 Mio DM (1973: 70,4 Mio DM) Kredite an Banken und 193,4 Mio DM (1973: 95,0 Mio DM) Geldanlagen einschließlich der Salden auf Verrechnungskonten.

Bilanzsumme der Auslandsfilialen in Mio Landeswährung

Schatzwechsel

Unsere Filiale in São Paulo/Brasilien kaufte vom brasilianischen Bundesschatzamt »Letras do Tesouro Nacional«; der Gegenwert stellt sich auf 3,4 Mio DM (1973: 6,6 Mio DM).

Anleihen, Schuldverschreibungen und Wertpapiere

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich unsere Eigenbestände um 0,4 Mio DM auf 12,6 Mio DM.
Vom Gesamtbestand entfallen 12,3 Mio DM auf ausländische Emittenten.

Die Bewertung unserer Bestände erfolgte nach dem Niederstwertprinzip. — Eigene Aktien hatten wir nicht im Bestand.

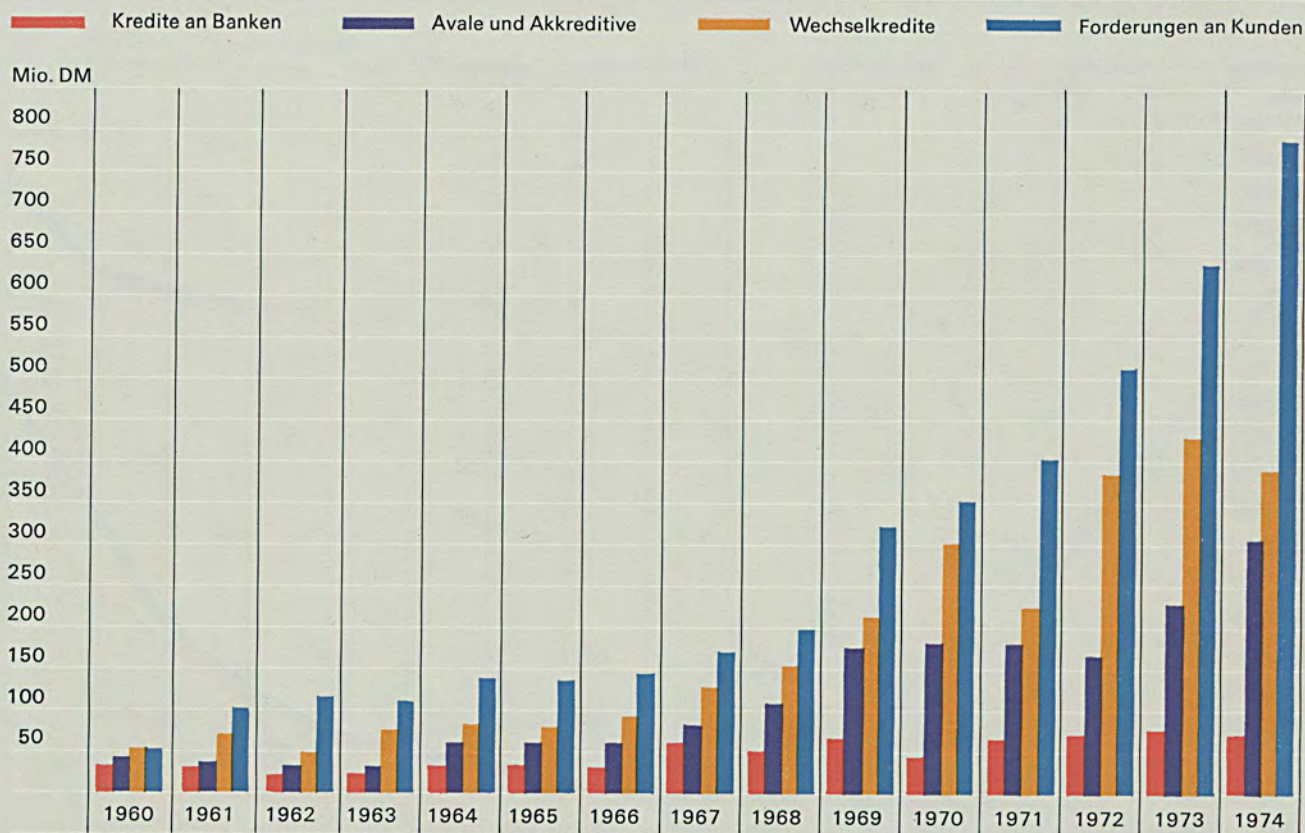
Am Jahresende 1974 waren uns 320 000,— DM nominal Aktien der Deutschen Ueberseeischen Bank als Kreditsicherheit verpfändet.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden stiegen von 614,9 Mio DM um 169,0 Mio DM (27,5 %) auf 783,9 Mio DM infolge erhöhter Kreditnachfrage der Kundschaft unserer Auslandsfilialen.

Forderungen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungs-

Kreditgeschäft



frist von weniger als vier Jahren erhöhten sich von 562,7 Mio DM auf 648,1 Mio DM, langfristige Forderungen von 52,2 Mio DM auf 135,8 Mio DM.

Neue langfristige Kredite gewährten wir vor allem japanischen Firmen.

Die uns für die langfristige Finanzierung deutscher Exportgeschäfte von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Gelder betrugen zum 31. Dezember 1974 1,1 Mio DM. Die von den Kreditnehmern erhaltenen Sicherheiten haben wir an die KfW abgetreten.

Ausgleichs- und Deckungsforderungen

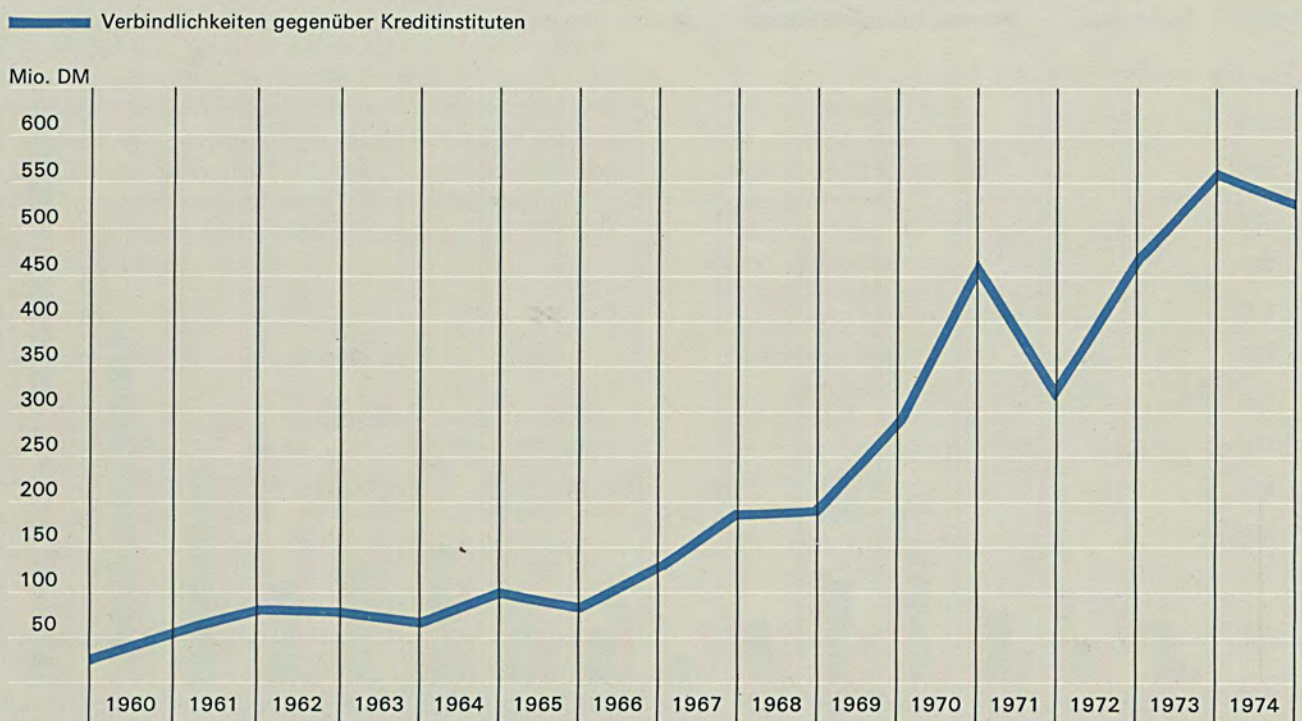
Die Ermäßigung auf 2,3 Mio DM erfolgte durch planmäßige Tilgungen seitens des Bundes und Übernahme weiterer Ausgleichsforderungen durch die Deutsche Bun-

desbank. An den Ausgleichsforderungen haben wir für die Deutsche Bundesbank ein Lombardpfandrecht bestellt.

Durchlaufende Kredite

Die von uns treuhänderisch verwalteten Kredite betreffen fast ausschließlich Ausleihungen an Kunden im Ausland. Der Gegenposten erscheint in gleicher Höhe auf der Passivseite der Bilanz.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten



Beteiligungen

Am 31. Dezember 1974 war unsere Bank an folgenden Kreditinstituten und Unternehmen beteiligt:

ADELA Investment Company S.A., Luxemburg

AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main

Banco Itaú de Investimento S.A., São Paulo/Brasilien

Banco de Montevideo, Montevideo/Uruguay

Compagnie Financière de la Deutsche Bank AG, Luxemburg

Companhia Brasileira de Entrepósitos e Comércio — COBEC, São Paulo/Brasilien

Compañía de Mandatos Inmobiliaria y Financiera S.A., Buenos Aires/Argentinien

Compañía Paraguaya de Desarrollo S.A. —

COMDESA, Asunción/Paraguay

Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH, Frankfurt/Main

Ibero-Amerika Bank Aktiengesellschaft, Bremen

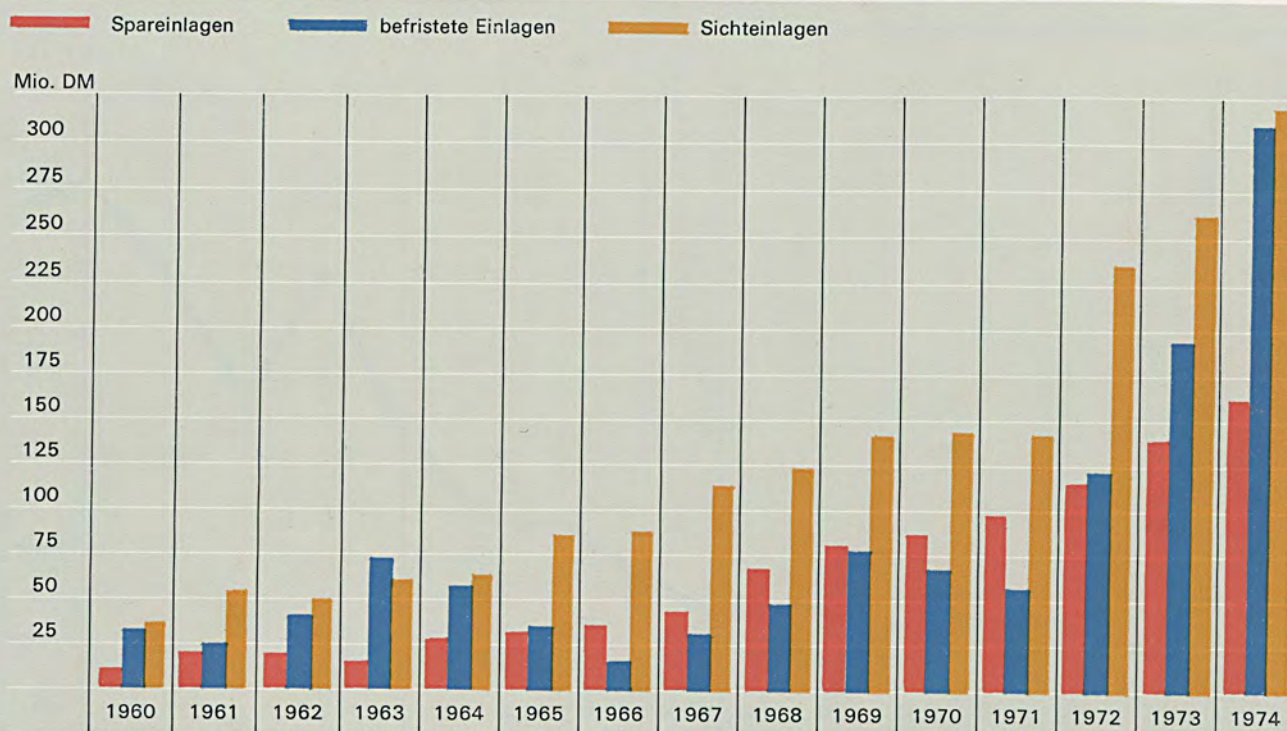
IMOBAL — Imobiliária e Administradora Ltda., São Paulo/Brasilien

Privatdiskont-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main

Union-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main

Diese Bilanzposition hat sich gegenüber Ende 1973 um 0,4 Mio DM auf 12,0 Mio DM ermäßigt. Dem Zugang in Höhe von 0,1 Mio DM, unsere neue Beteiligung an der Compañía Paraguaya de Desarrollo S.A. — COMDESA, Asunción/Paraguay, betreffend, steht eine Abschreibung von 0,5 Mio DM auf die Beteiligung am Banco União de Investimentos S.A. — INVESTBANCO, São Paulo/Brasilien, gegenüber, der im Dezember 1974 in den Banco Itaú de Investimento S.A. integriert wurde. Einzahlungsverpflichtungen auf nicht voll eingezahlte Aktien und GmbH-Anteile bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 0,1 Mio DM.

Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern



Wir haben unsere Bereitschaft zur Übernahme von nominal 425 000,— DM Anteilen an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH erklärt. Mit der Übernahme dieser Anteile ist neben einer Nachschußpflicht bis zu 1 275 000,— DM auch eine Eventualhaftung für die Nachschußpflicht anderer Gesellschafter verbunden.

Grundstücke und Gebäude

Grundstücke und Gebäude stehen nach Zugängen von 0,4 Mio DM und Abschreibungen von 0,3 Mio DM nunmehr mit 14,2 Mio DM zu Buch.

Unser Grundstück Hamburg, Ferdinandstraße / Ecke Brandsende, ist auf grundbuchlich gesicherter Rentenbasis erworben worden; ein 1974 gekauftes Grundstück in Buenos Aires ist noch mit einer übernommenen Hypothek belastet. Alle übrigen im Eigentum der Bank befindlichen Grundstücke und Gebäude sind frei von Grundpfandrechten.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Für Betriebs- und Geschäftsausstattung, organisationsbedingte Umbauten sowie für die Erstausrüstung der im April 1974 eröffneten Filiale Luxemburg wurden 2,0 Mio DM aufgewandt; geringwertige Wirtschaftsgüter wurden sofort abgeschrieben. Nach Abschreibungen von 1,3 Mio DM und unter Berücksichtigung von unwesentlichen Abgängen ergibt sich ein Bilanzausweis von 6,4 Mio DM (1973: 5,9 Mio DM).

Sonstige Vermögensgegenstände

Hierunter werden unter anderem verschiedene Anzahlungen an Lieferanten, Restforderungen für in Buenos Aires als Stockwerkseigentum verkaufte Wohnungen sowie von uns gestellte Kauttionen für gemietete Räume ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Hier haben wir im voraus gezahlte Zinsen und Kosten sowie von uns geleistete Mietvorauszahlungen abgegrenzt.

Verbindlichkeiten

Unsere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern entwickelten sich wie folgt:

	31. 12. 1974 Mio DM	31. 12. 1973 Mio DM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) täglich fällig	115,9	343,6
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
ba) bis zu drei Monaten	80,4	3,7
bb) drei Monaten bis zu vier Jahren	270,5	181,2
bc) vier Jahren und länger	10,4	3,7
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	55,3	28,5
	<u>532,5</u>	<u>560,7</u>
2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern		
a) täglich fällig	317,2	259,4
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
ba) bis zu drei Monaten	177,7	111,4
bb) drei Monaten bis zu vier Jahren	132,2	83,4
c) Spareinlagen		
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	121,9	103,3
cb) sonstige	36,4	35,8
	<u>785,4</u>	<u>593,3</u>

Bei der Einlagenstruktur haben sich gegenüber dem Vorjahr wesentliche Veränderungen ergeben: Während Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken und solche

gegenüber Banken am 31. Dezember 1973 noch etwa im Verhältnis 1 : 1 standen, konnten Kundeneinlagen in einem derartigen Umfang hereingenommen werden, daß das Verhältnis nunmehr etwa 3 : 2 ist.

Die Einlagen unserer Kunden haben sich um 192,1 Mio DM (32,4 %) auf 785,4 Mio DM erhöht. Die Termineinlagen nahmen um 59,1 % zu, die Spareinlagen um 13,8 %.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um 5,0 % ermäßigt. Es erhöhten sich die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit um 91,6 % auf 361,3 Mio DM und die von der Kundschaft bei Dritten benutzten Kredite um 93,8 % auf 55,3 Mio DM, dagegen verringerten sich die täglich fälligen Verbindlichkeiten um 66,3 % auf 115,9 Mio DM.

Peso-Einlagen, die wir aufgrund des argentinischen Gesetzes Nr. 20520 vom 22. August 1973 über die Nationalisierung der Einlagen im Namen und für Rechnung des Banco Central de la República Argentina hereingenommen haben, wurden mit 0,8 Mio DM unter den Verbind-

lichkeiten gegenüber Kreditinstituten und mit 170,5 Mio DM unter den Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern ausgewiesen.

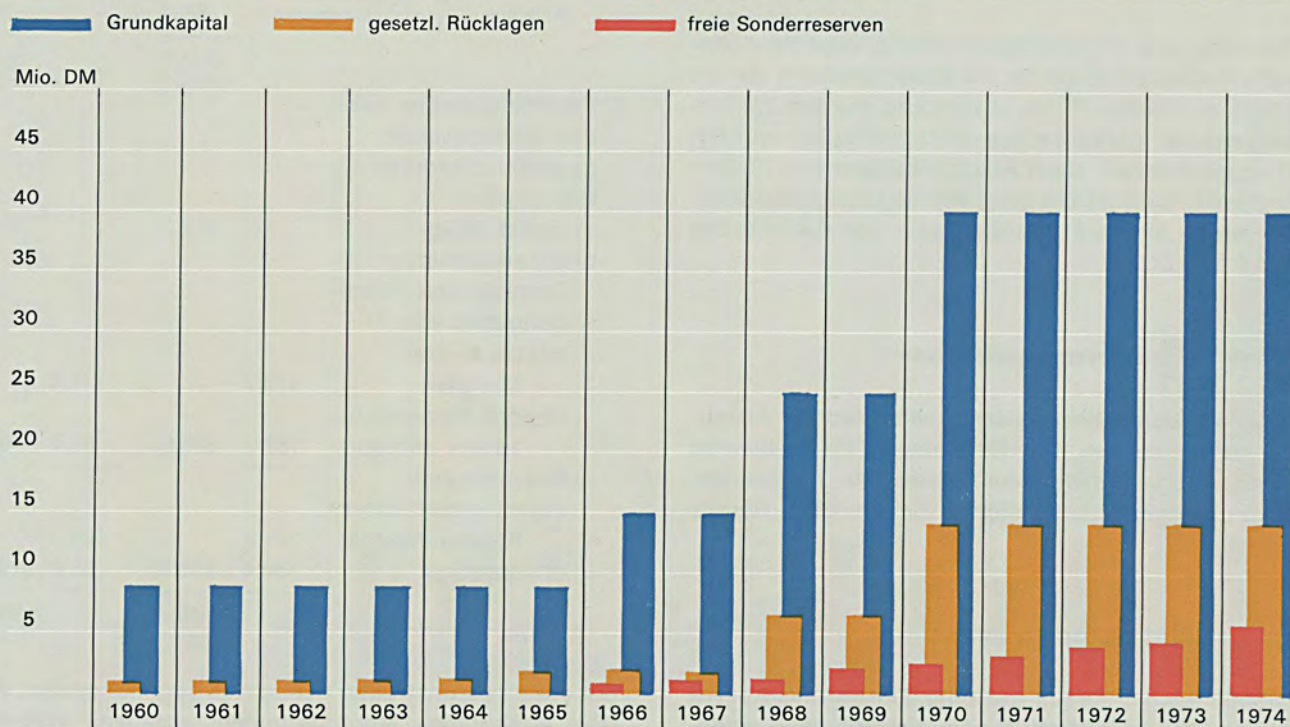
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf

Unsere Eigenen Akzepte und Solawechsel im Umlauf, die zu einem großen Teil der Refinanzierung der Filiale in Japan dienen, nahmen um 2,9 Mio DM auf 129,3 Mio DM zu.

Rückstellungen

Unsere Vorsorge für Pensionsverpflichtungen wurde entsprechend dem versicherungsmathematischen Gutachten von 5,7 Mio DM auf 8,0 Mio DM erhöht. Die besonders hohe Zuführung resultiert aus dem Übergang von der

Eigene Mittel



Berechnung der Rückstellung nach dem Gegenwartswert zum Teilwertverfahren des »Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung« vom 19. 12. 1974.

Andere Rückstellungen in Höhe von 20,5 Mio DM enthalten vorwiegend Rückstellungen für Steuern, Kosten anlässlich des Jahresabschlusses, Wertberichtigungen auf Eventualforderungen, ferner saldierte Beträge, die an den Bund wegen der Abrechnung unseres Altvermögens abzuführen sind, sowie ungewisse Verpflichtungen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die mit 2,8 Mio DM ausgewiesenen Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vor allem unsere Verpflichtung aus dem auf Rentenbasis im Jahre 1970 in Hamburg erworbenen Grundstück, für Dritte abzuführende Steuern und sonstige Verpflichtungen.

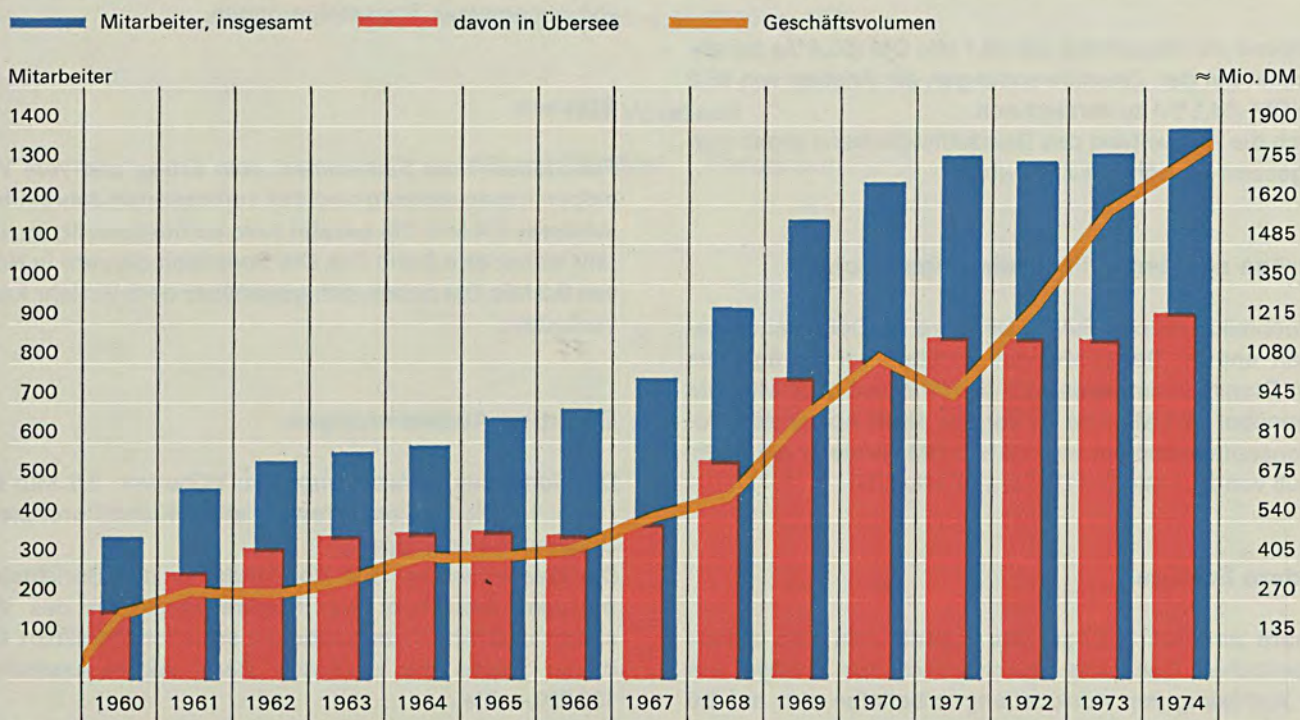
Rechnungsabgrenzungsposten

Diese Position enthält fast ausschließlich vereinnahmte Zinsen und Provisionen, die auf die Zeit nach dem 31. Dezember 1974 entfallen.

Sonderposten mit Rücklageanteil

Nach dem Entwicklungsländer-Steuergezet haben wir diesem Sonderposten im Berichtsjahr auf unsere Investitionen in Argentinien, Brasilien und Paraguay 0,5 Mio DM zugeführt und 0,3 Mio DM planmäßig aufgelöst. Außerdem wurde nach der steuerlichen Verwaltungsvorschrift über Sammelwertberichtigungen ein Betrag von 1,7 Mio DM passiviert, so daß sich insgesamt für diese Position ein Ausweis von 5,1 Mio DM ergibt.

Entwicklung von Mitarbeiterzahl und erweitertem Geschäftsvolumen



Erweitertes Geschäftsvolumen: Bilanzsumme und Indossamentsverbindlichkeiten sowie Avale und Akkreditive

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Ertrag des Geschäftsvolumens

Das Zinsgeschäft entwickelte sich wie folgt:

	1974 Mio DM	1973 Mio DM
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	136,7	88,0
Laufende Erträge aus Wertpapieren, Schuldbuchforderungen und Beteiligungen	2,4	2,4
	139,1	90,4
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	89,6	54,6
Ertrag des Geschäftsvolumens	49,5	35,8

Während die Zinserträge um 48,7 Mio DM (55,4 %) zunahmen, ist bei den Zinsaufwendungen ein Anstieg von 35,0 Mio DM (64,1 %) zu verzeichnen.

Durch die Ausweitung des Geschäftsvolumens ergab sich insgesamt ein höherer Zinsnutzen.

Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft

Vornehmlich durch erhöhte Umsätze im Dokumentengeschäft und im Devisenhandel erzielten wir Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft in Höhe von 26,7 Mio DM gegenüber 18,1 Mio DM im Vorjahr. Nach Abzug der Provisionsaufwendungen von 0,6 Mio DM verbleibt ein Überschuß von 26,1 Mio DM (1973: 17,8 Mio DM).

Andere Erträge

Unsere anderen Erträge des ordentlichen und außerordentlichen Geschäfts einschließlich der *Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen* beliefen sich auf 2,6 Mio DM (1973: 2,0 Mio DM).

Eingänge aus abgeschriebenem Forderungen und Erträge aus freigewordenen Wertberichtigungen wurden mit Ab-

schreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie mit Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft verrechnet. Der hiernach verbliebene Überhang der Aufwendungen in Höhe von 8,5 Mio DM (1973: 2,5 Mio DM) wird unter *Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft* auf der Aufwandseite ausgewiesen. Die Erhöhung geht auf die bereits erwähnten besonderen Risiken im Überseegeschäft zurück.

Verwaltungsaufwand

Die Personalaufwendungen (*Gehälter und Löhne, Soziale Abgaben sowie Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung*) betrugen 1974 insgesamt 38,0 Mio DM und sind gegenüber dem Vorjahr (28,6 Mio DM) hauptsächlich infolge von Tarifierhöhungen und durch die höhere Zuführung zur Pensionsrückstellung gestiegen. Der *Sachaufwand für das Bankgeschäft* belief sich auf 10,6 Mio DM (1973: 8,9 Mio DM). Der Mehraufwand ist eine Folge des größeren Geschäftsumfanges, aber auch von allgemeinen Preissteigerungen.

Steuern

Für *Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen* haben wir aufgrund des verbesserten Jahresüberschusses 8,4 Mio DM gezahlt bzw. zurückgestellt; im Vorjahr waren es 6,3 Mio DM. Die *Sonstigen Steuern* in Höhe von 0,3 Mio DM haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Sonstige Aufwendungen

Die *Sonstigen Aufwendungen* in Höhe von 3,5 Mio DM (1973: 3,7 Mio DM) betreffen vor allem Kursdifferenzen in Südamerika und Japan.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Berichtsjahr betrugen 545 378,32 DM; frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen erhielten 225 420,01 DM, davon zahlte die Deutsche Bank Aktiengesellschaft 120 080,— DM.

Der Aufsichtsrat erhielt an festen Bezügen 57 740 DM; als veränderliche Aufsichtsratsvergütung haben wir 57 740,— DM zurückgestellt.

Jahresüberschuß und Gewinnverwendungsvorschlag

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt wie folgt:

Erträge	168 563 510,56 DM
Aufwendungen	163 863 510,56 DM
Jahresüberschuß	4 700 000,— DM
Einstellung in Offene Rücklagen	1 500 000,— DM
Bilanzgewinn	3 200 000,— DM

Wir schlagen den Aktionären vor, den gesamten Bilanzgewinn zur Ausschüttung einer *Dividende* von 4,— DM pro Aktie von nominal 50,— DM zu verwenden, das sind 8% auf das Grundkapital von 40,0 Mio DM.

Kapital

Das durch Beschluß der letzten Hauptversammlung geschaffene genehmigte Kapital in Höhe von 20,0 Mio DM wurde bisher nicht ausgenutzt.

Berlin — Hamburg, im Februar 1975

Der Vorstand

Knorr Meißner Rodenstein

Hamburg, im März 1975

Der Aufsichtsrat
Franz Heinrich Ulrich
Vorsitzender

In den Sitzungen des Aufsichtsrats und im Kreditausschuß des Aufsichtsrats wurden die Berichte des Vorstandes über grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung, über Geschäftsentwicklung und Rentabilität sowie über wichtige Einzelvorgänge erörtert. Ferner wurden die aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen zur Genehmigung vorgelegten Geschäfte behandelt.

Der vorliegende Jahresabschluß 1974 und der Geschäftsbericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von der durch die Hauptversammlung als Abschlußprüfer gewählten Vereinigte Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern und den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmend befunden worden. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis — auch aufgrund eigener Prüfung — zustimmend Kenntnis genommen.

Er hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluß und Geschäftsbericht gebilligt; Vorstand und Aufsichtsrat haben damit den Jahresabschluß festgestellt. Dem Vorschlag für die Gewinnverwendung schließt sich der Aufsichtsrat an.

Außerdem hat der Vorstand dem Aufsichtsrat den Bericht

über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG 1965 sowie den hierzu von der Vereinigte Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erstatteten Prüfungsbericht vorgelegt. Aufgrund der ohne Beanstandungen abgeschlossenen Prüfung hat die Vereinigte Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, das folgende Testat erteilt:

»Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, daß

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.«

Der Aufsichtsrat hat den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft sowie den hierzu erstatteten Prüfungsbericht zustimmend zur Kenntnis genommen und nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung gegen die auf den Seiten 23 und 24 des Geschäftsberichtes abgedruckte Schlußerklärung des Vorstandes keine Einwendungen erhoben.

Hamburg, im März 1975

Der Aufsichtsrat

Franz Heinrich Ulrich
Vorsitzender

Aktiva

Deutsche Ueberseeische Bank

	DM	DM	Vorjahr in TDM
Kassenbestand		9 131 017,92	5 801
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		76 578 526,25	165 378
Guthaben bei ausländischen Zentralbanken		81 947 934,94	37 040
Postscheckguthaben		122 715,98	123
Wechsel		284 461 017,88	323 328
darunter:			
a) bundesbankfähig DM 122 816 102,45			
b) eigene Ziehungen DM 56 224 553,02			
Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	58 222 788,76		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von			
ba) weniger als drei Monaten	71 893 419,78		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	130 594 714,98		
bc) vier Jahren oder länger	616 802,97	261 327 726,49	165 411
Schatzwechsel			
a) des Bundes und der Länder	—,—		
b) sonstige	3 364 962,36	3 364 962,36	6 598
Anleihen und Schuldverschreibungen			
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren			
aa) des Bundes und der Länder DM —,—			
ab) von Kreditinstituten DM —,—			
ac) sonstige DM 7 712 119,50	7 712 119,50		
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM —,—			
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren			
ba) des Bundes und der Länder DM 203 308,71			
bb) von Kreditinstituten DM 373 282,88			
bc) sonstige DM 4 067 141,52	4 643 733,11	12 355 852,61	10 323
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank .. DM 260 304,21			
Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind			
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile	53 252,17		
b) sonstige Wertpapiere	165 892,52	219 144,69	1 874
darunter:			
Besitz von mehr als dem zehnten Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft ohne Beteiligungen DM —,—			
Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist von			
a) weniger als vier Jahren	648 154 410,75		
b) vier Jahren oder länger	135 773 498,50	783 927 909,25	614 855
darunter:			
ba) durch Grundpfandrechte gesichert DM —,—			
bb) Kommunaldarlehen DM —,—			
Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand		2 314 291,87	2 402
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		207 441 942,72	37 305
Beteiligungen		11 973 176,73	12 342
darunter: an Kreditinstituten DM 6 345 301,24			
Grundstücke und Gebäude		14 150 000,—	14 080
Betriebs- und Geschäftsausstattung		6 450 000,—	5 880
Sonstige Vermögensgegenstände		2 115 161,86	1 826
Rechnungsabgrenzungsposten		1 545 166,35	977
SUMME DER AKTIVEN		1 759 426 547,90	1 405 543
In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten:			
a) Forderungen an verbundene Unternehmen		20 495 482,28	16 441
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden		2 386 796,53	2 612

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1974

Passiva

	DM	DM	DM	Vorjahr in TDM
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		115 925 516,68		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	80 378 897,61			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	270 508 176,34			
bc) vier Jahren oder länger	10 407 103,85	361 294 177,80		
darunter:				
vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 6 073 400,—				
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		55 309 953,96	532 529 648,44	560 701
Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig		317 168 417,18		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	177 715 613,35			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	132 185 872,31			
bc) vier Jahren oder länger	3 000,—	309 904 485,66		
darunter:				
vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 1 000,—				
c) Spareinlagen				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	121 863 449,39		785 361 394,56	593 321
cb) sonstige	36 425 042,33	158 288 491,72	129 298 711,33	126 424
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			207 441 942,72	37 305
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte) ..				
Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen		7 994 633,—		
b) andere Rückstellungen		20 481 993,90	28 476 626,90	17 719
Sonstige Verbindlichkeiten			2 841 665,84	2 684
Jubiläumsstiftung der Deutschen Ueberseeischen Bank GmbH Unterstützungskasse				
a) Stiftungsvermögen		284 596,77		
b) abzüglich Effektenanlage		270 127,08	14 469,69	9
Rechnungsabgrenzungsposten			5 692 588,42	3 750
Sonderposten mit Rücklageanteil				
a) nach dem Entwicklungsländer-Steuergesetz ..		3 409 500,—		
b) nach der steuerlichen Verwaltungsvorschrift über Sammelwertberichtigungen		1 660 000,—	5 069 500,—	3 230
Grundkapital			40 000 000,—	40 000
Offene Rücklagen				
a) gesetzliche Rücklage		14 000 000,—		
b) andere Rücklagen (freie Sonderreserve)		4 000 000,—		
Zuweisung		1 500 000,—	19 500 000,—	18 000
Bilanzgewinn			3 200 000,—	2 400
SUMME DER PASSIVEN			1 759 426 547,90	1 405 543
Eigene Ziehungen im Umlauf			3 073 871,73	4 128
darunter: den Kreditnehmern abgerechnet DM 944 349,94				
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			92 603 735,87	73 082
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen			304 120 285,30	220 254
Sparprämien nach dem Sparprämiengesetz			373 753,20	307
In den Passiven sind an Verbindlichkeiten (einschließlich der unter der Bilanz vermerkten Verbindlichkeiten) gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten			128 902 241,29	337 410

Aufwendungen

Gewinn- und Verlustrechnung

	DM	Vorjahr in TDM
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	89 612 038,24	54 622
Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte	584 630,86	345
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	8 491 780,36	2 500
Gehälter und Löhne	28 099 442,36	22 355
Soziale Abgaben	5 553 123,74	4 058
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4 363 493,51	2 148
Sachaufwand für das Bankgeschäft	10 619 190,34	8 941
Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 788 352,85	1 933
Abschreibungen auf Beteiligungen	473 571,20	—
Steuern		
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	DM 8 362 728,49	
b) sonstige	DM 316 990,27	
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	2 122 509,42	1 121
Sonstige Aufwendungen	3 475 658,92	3 747
Jahresüberschuß	4 700 000,—	3 400
SUMME DER AUFWENDUNGEN	168 563 510,56	111 859

Die Pensionszahlungen und die Zahlungen an den Beamtenversicherungsverein des deutschen Bank- und Bankiergewerbes (a. G.), Berlin, betrugen im Berichtsjahr 857 680,78 DM; sie werden sich voraussichtlich 1975 um 2 %, 1976 um 3 %, 1977 um 5 %, 1978 um 11 % und 1979 um 17 % des vorgenannten Betrages erhöhen.

Berlin — Hamburg, im Februar 1975

Deutsche Ueberseeische Bank

Knorr Meißner Rodenstein

für das Geschäftsjahr 1974

Erträge

	DM	Vorjahr in TDM
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	136 702 478,24	87 983
Laufende Erträge aus		
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	DM 1 543 160,95	
b) anderen Wertpapieren	DM 17 353,03	
c) Beteiligungen	DM 805 117,73	
Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften	2 365 631,71	2 442
Andere Erträge	26 659 201,84	18 121
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2 468 771,21	1 793
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	84 418,14	229
	283 009,42	1 291
SUMME DER ERTRÄGE	168 563 510,56	111 859

Jahresüberschuß	4 700 000,—	3 400
Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in Offene Rücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	—,—	—
b) in andere Rücklagen (freie Sonderreserve)	1 500 000,—	1 000
Bilanzgewinn	3 200 000,—	2 400

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Düsseldorf, den 5. März 1975

Vereinigte Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Zülch
Wirtschaftsprüfer

Dr. Götz
Wirtschaftsprüfer